

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Hoff und Zeit“ und „Kinderfreund“, „Berliner Unterhaltung und Witz“, „Frauenstimme“, „Lachal“, „Bild in die Arbeiterwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Kampagne des 80. Jahrestages der „Kleinen Anzeigen“ hat seitgebrachte Wort 25 Pfennig (zwei seitgebrachte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig, Stängelgebühren das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig, Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags, von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 6, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhofs 292-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassentexto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65, Diskontogesellschaft, Depostenkasse Lindenstr. 3

## Stefan Raditsch gestorben.

### Der Führer des Kroatentums dem serbischen Mörder erlegen.

Belgrad, 8. August.

Der Führer der Kroatischen Bauernpartei, Abg. Stefan Raditsch, ist heute abend 8,55 Uhr in Agram gestorben.

Der altserbische Abgeordnete Raditsch hatte in der Skupschtina zu Belgrad auf die kroatische Bauernfraktion geschossen, als sie sich der Ratifizierung des Nettuno-Abkommens mit Italien widersetzte und ihre — nach kurzer Unterbrechung und sogar Regierungsteilnahme — wieder aufgenommenen Kampfstellung nicht nur gegen die augenblickliche Regierung, sondern gegen das verfassungsmäßige Gefüge des Südslawenstaates aufs neue bekräftigte. Als ist dieser Gegensatz zwischen den katholischen, lateinschreibenden Kroaten und den orthodoxen, kyrillischen Schrift gebrauchenden Serben. Nicht in diesen äußerlichen, sondern in dem Verlangen der kroatischen Autonomiebewegung gegen den serbischen Zentralismus ist dieser Gegensatz begründet, der nun im eigenen Staat eine neue Serie von Attentaten auf ihre lange Reihe unter der früheren ungarischen Oberhoheit folgen ließ.

Der Tod des Führers muß nicht der Funke in das Pulverfaß sein, denn bei seiner schweren Verwundung und seiner, durch Zuderkrantheit geschwächten Konstitution mußte mit diesem Tode längst gerechnet werden. Auch ist es ein friedensstiftendes Moment, daß Pribitschewitsch, der Führer der mit Raditsch kooperierten Demokratenpartei, Serbe ist, so daß die Anhänger Raditsch' wohl nicht die Serben hassen können, mögen sie auch Serben nicht lieben und seine Regierung und seine Parlamentsmehrheit verabschauen. Bei dem leidenschaftlichen Temperament dieser zwor slawischen, doch südländischen Menschen kann aber auch ein Ausbruch der Volkshetze die nächste Folge sein und die Parole „Das von Belgrad, wo man unsere Führer ermordet!“ zündende Kraft gewinnen.

Stefan Raditsch ist seinem Joch in der Skupschtina geblieben, in den Tod gefolgt. Sollen über diesen Gräbern auch noch Heftatomben weiterer Opfer dargebracht, sollen südslawische Gewehre auf südslawische Menschen entladen werden? Der junge Südslawenstaat hätte schwer zu

tin, solche Erschütterung auszugleichen und die einzig mögliche Beruhigung ehrlich demokratischen Zusammenschlusses der südslawischen Volksteile wäre dann schwieriger als je zuvor.

### Der Lebenslauf von Raditsch.

Raditsch, der 1871 in einem kroatischen Dorfe geboren wurde, trat nach seiner Studienzeit bereits als politischer Redner für den Panславismus hervor. 1904 gründete er die Kroatische Bauernpartei und trat später, besonders nach dem Kriege, in heftige Opposition gegen die Belgrader Konstituante. Seine Versuche, fremde Mächte für die Forderungen der Kroaten zu gewinnen, schlugen fehl. Jedoch konnte er die Aufnahme der Bauernpartei in die Bauerninternationale in Rostau durchsetzen. 1924 führte er den Sturz des Kabinetts Davidowitsch herbei, wurde aber unter der Regierung Pabitsch Pribitschewitsch, die die Bauernpartei auflöste, verhaftet. Dann schloß er unter Verzicht auf das bisherige Parteiprogramm mit der Regierung Pabitsch Frieden und erhielt 1925 sogar das Unterrichtsministerium. In den letzten Jahren verschärfte sich aber die Gegnerschaft der Bauernpartei und der Raditschen, was zu immer heftigeren Zusammenstößen in der Skupschtina führte, in deren Verlauf es Ende Juni zu dem bekannten Attentat und nach diesem zu verschärften Kämpfen der Opposition gegen das Parlament und den Staat selbst mit der Forderung der Vorentrennung Kroatiens von Jugoslawien kam.

### Serbische Gendarmen statt kroatischer Polizisten.

Agram, 8. August.

Der Obergespan (Oberpräsident) der Provinz Kroatien-Slawonien und der Polizeichef von Agram haben ihre Kommittee wiedergelegt, um damit gegen die von Belgrad geplanten Sicherheitsmaßnahmen gegen Unruhen in Agram zu protestieren. Das Ministerium des Innern hat nämlich verfügt, daß bei Unruhen die Agramer Stadtpolizei außer Dienst gestellt und durch Belgrader Gendarmerie ersetzt werde. Ministerpräsident Dr. Koroleff hat sich unter dem Druck von Gegenüberstellungen veranlaßt gesehen, die betreffende Weisung zurückzunehmen.

Die Agramer Polizei soll eine kommunistische Verschwörung samt Waffenlager aufgedeckt haben; jedenfalls hat sie 13 angebliche „Führer“ dieser in Südslawien verbotenen Partei verhaftet.

## Die Brüsseler Beratungen.

### Abrüstung — Kellogg-Pakt — Rheinland-Räumung.

V. Sch. Brüssel, 8. August (Eigenbericht.)

Die beiden britischen Arbeiterparteien haben am Dienstag in der Abrüstungskommission eine wesentliche Änderung des Resolutionsentwurfes, den die Exekutive seinerzeit einstimmig gutgeheißen hatte, gefordert. Darüber entstand eine lebhafte Debatte. Nacheinander wandten sich Andersen - Dänemark, de Brouckere - Belgien, Breitscheid - Deutschland, Aprato - Italien, Renaudel - Frankreich, Julius Deutsch - Österreich, Crispian - Deutschland und noch andere Redner scharf gegen die Taktik der englischen Delegierten, einen Text, den sie vor einem halben Jahr in der Exekutive gutgeheißen haben, auf einmal in das Gegenteil umkehren zu wollen.

Besonders stieß die plötzliche von den Engländern ausgesprochene Unterstützung der russischen Agitationsvorschläge in Genf zugunsten einer sofortigen Totalabrüstung bei allen Rednern mit Ausnahme von Reinhard - Schweiz auf entschiedenen Widerspruch. Breitscheid hob hervor, daß das jetzige Verhalten der englischen Delegierten einer Desavouierung ihrer eigenen Vertreter in der Exekutive gleichkomme. Crispian unterstrich den

Widerspruch zwischen der Haltung der Volkshewik in Moskau, wo sie das Höchstmögliche an militärischer Kräfteaufkantung üben, und in Genf, wo sie zur selben Zeit hundertprozentige Abrüstungsforderungen einbringen.

Diese fast einmütige Abwehr hatte zur Folge, daß Dalton, der Vertreter der Labour Party, den größten Teil der Abänderungsanträge zurückzog, besonders, soweit sie die sowjetrussischen Vorschläge betrafen. Nur die Anträge gegenüber dem Kellogg-Pakt sowie einige redaktionelle Änderungen wurden ausreicht erhalten, und dürfen auch berücksichtigt werden. Schließlich wurde bei der Abstimmung mit allen gegen die Stimme Jenner-Brockwags, des Vertreters der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands, der Entwurf der Exekutive als Grundlage der neuen Resolution bestätigt. Am späten Abend ist eine Unterkommission zusammengetreten, um den endgültigen Entwurf auszuarbeiten.

V. Sch. Brüssel, 8. August (Eigenbericht.)

Die politische Kommission hatte am Montag einen Unterausschuß zur Ausarbeitung eines Manifests an die Arbeiter der ganzen Welt eingesetzt. Diese Unterkommission hatte am Dienstag ein Dokument ausgearbeitet, das außerordentlich umfangreich ist und das sowohl die grundsätzliche Stellungnahme zum Faschismus und zum Bolschewismus kennzeichnet, wie auch zu allen wichtigen außenpolitischen Problemen der Gegenwart — Kellogg-Pakt, Rheinlandräumung, China, Indien, Kongo usw. — Stellung nimmt. Am Mittwoch wurde in mehrstündiger Sitzung dieses Dokument abschließend von der Vollkommission durchberaten. Es entspann sich eine außerordentlich lange und zum Teil recht lebhafte Debatte, die weniger durch die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten verursacht wurde, als vor allem Stillierungswünsche betraf.

Diese Diskussion wurde allerdings dadurch kompliziert, daß die bekannten inneren Gegensätze innerhalb der französischen Sozialistischen Partei in die Debatte hineinspielten. Daraufhin wurde die Diskussionsmethode geändert und es wurde eine neue Unterkommission ernannt, der sämtliche Abänderungsanträge überwiesen wurden, um sie in den Text hineinzuarbeiten.

Sowohl die Wirtschaftskommission wie die Kolonialkommission haben ihre Arbeit nahezu abgeschlossen. Die von den Unterkommissionen ausgearbeiteten Resolutionsentwürfe sind grundsätzlich genehmigt. Doch sind diese Unterkommissionen am Mittwochabend noch zu Nachsitzungen zusammengetreten, um verschiedene redaktionelle Wünsche zu berücksichtigen.

### Russische Offseemanöver.

#### Baltische Flotte mit Flugzeugen.

Die baltische Flotte ist Mittwoch unter der Führung Wiktorows zu den Sommermanövern in der Ostsee aus Kronstadt ausgelaufen. Daran beteiligen sich sämtliche Kriegsschiffe, die in Ostseehäfen stationiert sind, auch die Wasserflugzeuge.

## Prager Bürgerblock wankt.

### Neue Parteigründung und Erschütterung alter Parteien.

J. H. Prag, im August.

Anzuefrieben mit der Politik des tschechisch-deutschen Bürgerblocks sind nicht bloß die Arbeiter aller Nationen, sondern auch weite Schichten des deutschen Bürgertums. Die Arbeiter sind erbittert über die politische und sozialpolitische Reaktion, die den Weg der Bürgerregierung kennzeichnet, das städtische Bürgertum ist unzufrieden, weil die verheißenen nationalenpolitischen Erfolge des Mitregierens deutscher Parteien ausblieben, ja noch mehr, die unter Mitwirkung der deutschen Regierungsparteien beschlossene Verwaltungsreform die kümmerlichen Ueberbleibsel nationaler Selbstverwaltung noch verringert, die Deutschen in den Landesvertretungen Böhmens und Mähren-Schlesiens zu ohnmächtiger Minderheit herabdrückt, und gerade durch die Einrichtung von Landesverwaltungen die Aussichten, je zu nationaler Gliederung der Verwaltung zu kommen, äußerst gering geworden sind.

Die Nutznießer der Regierungsteilnahme, die Mitgenießer der materiellen Vorteile, die mit der Beherrschung des politischen Apparates verbunden sind, die großen wirtschaftlichen Beutemacher bei der gesamten Gesetzgebung des Bürgerblocks sind die Agrarier und in gewissem Abstände von ihnen die Klerikalen. Die Agrarier haben durch die Einführung der Lebensmittelzölle riesenprofite erzielt, sie profitieren bei den Staatssubventionen, haben sich durch die Verwaltungsreform, die in allen Bezirken den Einfluß der Arbeiter wesentlich verringern und so die sozialen Ausgaben auf ein lächerliches Minimum reduzieren wird, und durch das Gemeindefinanzgesetz gewaltige Ersparnisse an Abgaben gesichert. Das städtische Bürgertum gibt aber auch nach jenen Vorteilen, welche sich aus der Zugehörigkeit zu einer staatsnahen Partei ergeben: staatliche Aufträge, Lieferungen an den Staat, Steuererlässe, dies nur einige Beispiele. So verbinden sich Abneigung gegen die derzeitige deutsch-aktivistische Politik und Verhärtung der aktivistischen Tendenzen im tschechischen Bürgertum. Aktivismus als Gegensatz zur Beherrschung vom Staat zu verstehen. (Red. d. „B.“)

Das Ergebnis des Zusammenfließens dieser beiden Strömungen ist die Gründung einer neuen Partei, der „Deutschen Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft“, zu der sich die Deutschdemokratische Partei, die deutsche Gewerdepartei und Dr. Kosche vereinigt haben. Dieser war bis vor wenigen Wochen deutschnationaler Abgeordneter. Er mußte auf Geheiß der Partei das Mandat niederlegen, weil er eine Verständigung mit den anderen Deutschbürgerlichen, besonders mit den Regierungsparteien, gesucht hatte und weil er — sicher als Vorführer der deutschnationalen Unternehmer — eine Annäherung zwischen aktivistischen und oppositionellen Deutschbürgerlichen herbeizuführen suchte. Nun handelt er ebenso nach dem Willen der deutschnationalen Fabrikanten, wie in Befriedigung seines Führerehrgeizes, wenn er mit der Deutschdemokratischen Partei, die im Parlament überhaupt nicht vertreten ist, und mit der Gewerdepartei eine neue Gruppe bildet. Demokraten und Gewerdepartei sind zu schwach, um bei den kommenden Landesvertretungswahlen aus eigener Kraft Mandate zu erringen. Vereinigt und verstärkt durch die deutschnationalen Dissidenten haben sie bessere Aussichten. Bei der Gewerdepartei ist es ein Frontwechsel insofern, als sie bisher in der Gefolgschaft des Bundes der Landwirte marschierte und nun die Klein-gewerbetreibenden unter die politische Vormachtigkeit der Großbourgeoisie bringt. Besonders pikant ist, daß die drei gewerbetreibenden Abgeordneten auch weiterhin in der Regierungsmehrheit zu bleiben gedenken. Das Ganze nennt man dann „Einigung des tschechischen Volkes“. Vielleicht ist hier die eigentliche bourgeoise Partei, mit unentbehrlicher Kleinbürgerlicher Gefolgschaft, im Werden — zweifellos wird die aktivistische Strömung im deutschen Bürgertum wesentlich gestärkt und die Regierungsmehrheit in eine neue Verlegenheit gestürzt.

Die Regierungsmehrheit hat, besonders ihre deutschen Parteien, beträchtlich an Anhang verloren. Bei den Gemeindevahlen im Vorjahre haben besonders die Christlichsozialen eine sehr ernste Niederlage erlitten. Der Kampf um die Novellierung der Sozialversicherung hat diese Partei wieder schwer in die Klemme getrieben. Gegen die Verschlechterung der Sozialversicherung begannen auch die christlichen Arbeiter zu rebellieren. Ihr Widerstand blieb fast unbeachtet — bis das Ergebnis der Wahlen in Deutschland den Klerikalen Angst und Schrecken einjagte. Das Zentrum hatte hunderttausende Arbeiterwähler verloren — drohte nicht gleiches Schicksal auch den Klerikalen Parteien im fast kulturgleichen Nachbarstaat?

Es kam zu Mißheiligkeiten, zu Verstimmungen im Bürgerblock. Nicht nur wegen der Sozialversicherung, auf deren Verschlechterung vor allem die Agrarier bestanden. Finanzminister Dr. Englich kam mit den Agrariern in Gegensatz, weil er sich ihren immer unerschämteren Forderungen nicht

fügen moße. Er trat einen Krankenurlaub an und überreichte sein Demissionsgesuch. Das wurde nun, nach wochenlanger Fehde zwischen Englisch und den Agrariern, vom Präsidenten der Republik abgelehnt; ein Zurückdrängen des agrarischen Flügels der Koalition, eine Festigung der Position der Großbourgeoisie, deren Vertrauensmann Dr. Englisch ist. Auch beim Kampf um die Sozialversicherung mußten die Agrarier nachgeben. Die Novelle wurde nicht, wie sie es wünschten, durchgepeitscht, sondern sie wurde vor den Parlamentsferien überhaupt nicht mehr erledigt. Die Novelle wird in neuer Fassung vor das Haus kommen. Wesentliche Zugeständnisse an die Forderungen der Arbeiter sind wahrscheinlich.

Das ist ein bedeutender Erfolg des von den tschechischen und deutschen Sozialdemokraten gemeinsam und mit aller Leidenschaft zähe und beharrlich geführten Kampfes, bei dem es gelang, nicht nur indifferente Arbeiter zu erwecken, sondern auch die Rebellion im Lager des Feindes zu entfesseln, die christlichen Arbeiter in heftige Opposition gegen ihre Partei zu bringen. Das hat die deutschen und die tschechischen liberalen Parteien ängstlich und wankend gemacht.

Die Kommunisten haben auch diesen Kampf zu mühen Angriffen auf die Sozialdemokratie mißbraucht. Als im sozialpolitischen Ausschuss die Sozialdemokraten gegen die Einführung der Parität in den Verwaltungen der Krankenkassen kämpften, behaupteten die Kommunisten, das geschehe nur, um den Sozialdemokraten die Futterkrippen zu sichern! Bei öffentlichen Kundgebungen gegen die Pläne der Bürgerregierung traten die Kommunisten als Gegenredner auf. Die Kommunisten können gegen keine andere Front mehr vorgehen als gegen die proletarische. Ihr täglich mitgliederreicher „Roter Tag“ in Prag hat es noch deutlicher gezeigt. Die Kommunisten, die noch am Morgen des „Roten Tages“ verkündeten, er werde allen Verböten und allem Polizeiaufgebot zum Trotz abgehalten, haben der Polizei lampflos das Feld überlassen. Nicht nur die Parteimitglieder haben den Ruf der Partei nicht beachtet — auch die als Redner bestimmten Führer! Wie wurde der Gegensatz zwischen kommunistischem Geschrei und kommunistischer Tat so offenbar.

Aber die kommunistischen Anhänger sind teils zu so fanatischen Hassern der Sozialdemokratie erzogen, daß sie blind geworden sind gegen die gigantischsten Fehler der Partei — teils schämen sie sich, wenn sie erkennen, jahrelang Irrwege gegangen zu sein, den Irrtum einzugestehen, und sie bleiben nun abwärts aller Politik. Es gibt noch immer auch genug Proletarier, die allzu bereitwillig die großen Worte der Kommunisten für Laten nehmen. So ist denn mit einer raschen Ueberwindung des Bolschewismus in der Tschechoslowakei trotz der inneren Fäulnis der kommunistischen Partei nicht zu rechnen.

Bei den Wahlen in die Bezirks- und Landesvertretungen, voraussichtlich am 25. November, wird die Sozialdemokratie wieder gegen zwei Fronten zu kämpfen haben, gegen den Bürgerblock, die sich nur durch Nuancen von den Regierungsparteien unterscheidenden bislang oppositionellen Bürgerparteien und gegen die Kommunisten. Aber sowohl das Ersinken der sozialdemokratischen Organisationen wie die zahlreichen Erfolge bei Gemeinderatswahlen lassen hoffen, daß die Sozialdemokratie in diesem Spätherbstkampf schon Fortschritte erzielen wird. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden diese Wahlen mit aller Deutlichkeit zeigen, daß die heutige Parlamentsmehrheit in den Völkern längst nur noch eine Minderheit hinter sich hat.

## Tankstöß oder Dolchstoß? Kriegswissenschaft gegen Plauderei.

Die „Kreuz-Zeitung“ ist sehr böse auf uns. Wir können das verstehen. Denn wir haben am Mittwoch den Verlauf des „Schwarzen“ 8. August 1918 dargestellt, indem wir uns darauf beschränkten, einen Artikel ihrer Beilage „Wehr und Waffen“ ausführlich zu zitieren. Dieser Artikel ergab einwandfrei, daß der angebliche Dolchstoß von hinten ein Tankstöß von vorn gewesen ist.

Wir können uns vorstellen, daß es in der Redaktion der „Kreuz-Zeitung“ keinen schlechten Schrecken gegeben hat, als man erkannte, daß die Aufrichtigkeit — oder Verschlagenheit? — eines Beilagenredakteurs dem Gegner so durchschlagendes Material in die Hände gespielt hatte. Wie ließ sich dieser Fehler nur wieder gutmachen? An dem schwarz auf weiß Gedruckten ist nachträglich nichts mehr zu ändern. Aber halt, ein Ausweg! Die „Kreuz-Zeitung“ knurrt ärgerlich:

Wir würden es für richtiger halten, wenn man in den Redaktionsstuben des „Vorwärts“ in Zukunft erst dann sich mit neuer Beiseit aus fremden Blättern brüstete, wenn man diese zu Ende gelesen hat. In einem Aufsatz derselben Nummer, der sich unmittelbar an den vom „Vorwärts“ zitierten Artikel anschließt, hätte er alles das gefunden, was er zuerst vermied. In diesem Aufsatz „Der schwarze Tag“ kann der „Vorwärts“ mit aller Deutlichkeit lesen, wie zerlegt die Front dank der zielbewußten Arbeit der deutschen Sozialisten und ihres Anhangs war, die, wie sich am 8. August ersprechend klar zeigte, in schamloser Weise handlangsdienste für den Feind geleistet hatten.

Wir müssen den Schmerz der „Kreuz-Zeitung“ vergrößern. Auch den zweiten Artikel haben wir gelesen. Gegen den von uns zitierten ersten stand er jedoch in entscheidender Weise ab: Während der von uns zitierte Artikel eine auf Tatsachen gestützte militärwissenschaftliche Abhandlung darstellt, erweist sich der zweite nach Form und Inhalt — als rein feuilletonistische Plauderei! Die — frei erfundene — Figur eines Befreiten, seine Reden und sein Verhalten während der Schlacht bilden den Inhalt des Gepulders. Also genau das, was wir am Mittwoch als „Artikelfeilschreiber phantastischer Heimstrategen“ charakterisiert haben.

Der Fall Frieders. Wie in Weimar zuverlässig verlautet, läßt die thüringische Regierung nachprüfen, ob die Beurteilung des Oberstaatsanwalts Frieders unter die Reichsämnerie fällt. Oberstaatsanwalt Frieders hat von Wien aus ein Protestschreiben an die thüringische Staatsregierung richten lassen, in dem der Beschluß der Staatsregierung als verfassungswidrig bezeichnet wird.

Der Kunstkritiker Fritz Stahl, Mitarbeiter des Berliner Logos, ist heute abend im 64. Lebensjahre infolge eines Schlaganfalls gestorben.

Chamberlain ist erkrankt. Kuhlendorp vertritt ihn. Der Kurs der britischen Außenpolitik dürfte sich kaum ändern.

# Was der Luther-Bund will.

## Ein unmöglicher Plan für die „Erneuerung des Reiches“.

Der von Herrn Luther aufgelegte „Bund für Erneuerung des Reiches“ hat Leitfäden aufgestellt, die in der „Deutschen Zeitung“ vorzeitig veröffentlicht worden sind. Diese Leitfäden sollen mit der „Erneuerung des Reiches“ bei Preußen anfangen, das vollständig in Reichsverwaltung übergeführt werden soll, während die süddeutschen Länder ihre Selbstständigkeit behalten sollen. Die wesentlichsten Punkte dieser Leitfäden lauten:

1. Am Wege übereinstimmender Gesetzgebung des Reiches und Preußens werden die gesetzgeberischen und zentralen Verwaltungsaufgaben Preußens in der Weise auf das Reich übertragen, daß für dieses künftig als Reichsland zu verwaltende Land Reichspräsident, Reichsregierung und Reichstag an die Stelle von Staatsregierung und Landtag treten.

2. Alle anderen Länder können sich auf Grund eines Landesgesetzes dem Reichsland anschließen.

3. Einige im Gemenge mit dem Reichsland liegende oder für die Durchführung der Aufgaben eines Bundes nicht mehr leistungsfähige Länder werden alsbald mit dem Reichsland verbunden. Folgender Einzeloorschlag scheint hier erwägenswert:

A. Die Länder Hessen, beide Reichsländer, Oldenburg, Thüringen, Anhalt, Braunschweig, Hamburg, Bremen, Lübeck, Lippe und Schaumburg-Lippe werden dem Reichsland angeschlossen.

B. Für die Gliederung des Reichslandes käme so dann folgender Vorschlag in Betracht:

a) Die Gebiete von Schaumburg-Lippe, Lippe, Lüneburg, die drei getrennten Gebietsteile Oldenburgs, die 6 getrennten Gebietsteile Anhalts, die 28 getrennten Gebietsteile Braunschweigs sowie die beiden getrennten Gebietsteile Hessens nebst den 6 Kreisen werden den im nächsten Zusammenhang mit ihnen liegenden, in Zukunft als Provinzen des Reichslandes zu verwaltenden Provinzen zugeschlagen.

b) Die beiden zu vereinigenden Länder Mecklenburg, das Land Thüringen sowie die beiden die größten deutschen Häfen weiter auf eigene Kosten verwaltenden Hansestädte Hamburg und Bremen erhalten gleichfalls die Eigenschaft als Provinzen des Reichslandes.

c) Um die Kontinuität der staatlichen und kommunalen Verwaltung im Moment der Ueberleitung nicht zu gefährden, werden im übrigen die Grenzen der Provinzen zunächst nicht geändert.

4. Die Provinzen des Reichslandes verwalten die jetzigen Aufgaben der Provinzen und wälten ihnen zu delegierende Aufgaben unter Aufsicht der Reichsregierung.

5. Am Reichsrat werden die auf das Reichsland nach der Einwohnerzahl entfallenden Stimmen von den Provinzen des Reichslandes geführt.

6. Der in den Provinzen des Reichslandes an der Spitze der inneren Staatsverwaltung stehende Beamte, der unter Gegenzeichnung des Reichspräsidenten vom Reichspräsidenten ernannt wird, muß ständiger Kommissar der Reichsregierung auch gegenüber allen Reichsverwaltungen sein, soweit sich diese nicht wieder in die allgemeine Verwaltung einschließen lassen.

7. Der staatsrechtlichen Stellung des preussischen Staatsrats entsprechend wird zur Mitwirkung bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Reichslandes ein Staatsrat des Reichslandes gebildet. Er wird nach den bisherigen Grundsätzen von den Provinzen gewählt. Dieser Staatsrat ist bei allen Gesetzesvorlagen an den Reichstag, soweit sie Angelegenheiten des Reichslandes betreffen, zu hören. Ihm steht ein Einspruchsrecht gegen solche Gesetze sowie ein Mitwirkungsrecht beim Erlaß von Ausführungsverordnungen zu, die grundsätzlich an die Stelle der bisherigen Ausführungsverordnungen zu Reichszwecken treten sollen.

10. Für die Gesamtheit des Reichslandes wird als Unter-

abteilung des Reichsrats ein Haushaltsplan aufgestellt, bei dessen Zustandekommen der Staatsrat in derselben Weise wie bei Gesetzen, die für das Reichsland gelten sollen, mitwirkt.

Dieser Plan bedeutet die Zerstückelung Preußens, die Konföderation von Sachsen, Baden, Württemberg und Bayern. Preußen soll seine Selbstständigkeit als Land aufgeben, damit die Selbstständigkeit der süddeutschen Länder um so sicherer gewahrt bleibt. Eine Aufreißung der Mainlinie, eine Stärkung und Verewigung des süddeutschen Partikularismus müßte die Folge sein.

Dieser Plan enthält staatsrechtliche Ungeheuerlichkeiten. Der Reichstag, der fortan die Gesetzgebung und die Kontrolle der Verwaltung über die preussischen Provinzen haben soll, wird von allen deutschen Vätern — auch von den süddeutschen — gewählt. In der Praxis würden also die Wähler aus Sachsen, Baden, Württemberg und Bayern über die Verwaltung Preußens mitzubestimmen haben, während den Wählern in dem ehemals preussischen Staatsgebiet ein solches Mitbestimmungsrecht über die Verwaltung der süddeutschen Länder nicht zustehen würde. Besonders im Hinblick auf die Finanzgebarung ist dieser Plan geradezu grotesk. Die süddeutschen Länder würden im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes eine gewisse finanzielle Selbstständigkeit behalten, während die Verwaltung des ehemals preussischen Staatsgebietes unter die absolute Kontrolle des gesamten Reiches kommen würde.

Betrachtet man diesen Plan nicht nur unter staatsrechtlichen, sondern auch unter politischen Gesichtspunkt, so muß sofort der Verdacht entstehen, daß hier die Absicht vorliegt, in der Einheit Preußens das feste Bollwerk der Demokratie und der Reichseinheit zu treffen und die Sache der deutschen Demokratie zu schwächen. Die strikte Ablehnung, die der Luther-Bund bei seiner Gründung in der Sozialdemokratischen Partei und bei der preussischen Regierung erfahren hat, wird durch diese famosen Leitfäden glänzend gerechtfertigt. Die preussische Regierung und mit ihr die Sozialdemokratische Partei hält fest an dem Standpunkt, daß die Schaffung des Einheitsreiches durch das Aufgehen der Länder im Reich nur durch eine gleichzeitige Willenserklärung aller Länder erfolgen kann. Sie lehnen es strikte ab, daß Preußen seine Selbstständigkeit als Land aufgibt, damit die süddeutschen Länder sich danach erst recht an ihre Selbstständigkeit klammern können. Solange die Voraussetzungen für eine gleichzeitige Willenserklärung nicht gegeben sind, bleiben nur die vorbereitenden Wege: die Ausdehnung der Reichskompetenz, der Anschluß lebensunfähiger Länder an größere Länder. Ernsthaft müßte die Frage geprüft werden, ob das System der Reichszuschüsse an lebensunfähige Länder noch aufrechterhalten werden kann.

Soviel sich überblicken läßt, werden die Leitfäden des Luther-Bundes fast ausnahmslos bei allen Parteirichtungen abgelehnt. Sie werden eine rein akademische Arbeit bleiben, die nur den Wert haben wird, gezeigt zu haben, wie es nicht gemacht werden kann und darf.

### Eine Verlegenheitserklärung.

Der Luther-Bund teilt mit: Die in einer Vorgesetzten dem öffentlichen Leitfäden des Bundes zur Erneuerung des Reiches stellen nur einen Ausschnitt aus der bisherigen Arbeit des Bundes dar. Das umfangreiche Material und die im einzelnen gehenden Vorschläge des Bundes, deren Formulierung noch nicht abgeschlossen ist, ergeben erst das Gesamtbild. Infolgedessen geben die bisher gezogenen Schlussfolgerungen von unzureichenden Voraussetzungen aus. Sobald die Arbeit des Bundes abgeschlossen ist, wird die Öffentlichkeit sofort und eingehend unterrichtet werden.

## Reichsarbeitsaufsicht. Besprechungen im Reichskabinett.

Im Reichsministerium werden zurzeit Besprechungen mit den Verbänden über die Neuorganisation der Arbeitsaufsicht gepflogen. Der Reichsarbeitsminister beabsichtigt, wie verlautet, in der nächsten Zeit die Länder um ihre Stellungnahme zu den Plänen des Ministeriums zu ersuchen. Der Anstoß zur Neuorganisation ging von den freien Gewerkschaften aus. Der ADGB und der IGL-Bund haben zum 6. Abschnitt des Arbeitsschutzgesetzentwurfes einen Änderungsentwurf aufgestellt. Sein Inhalt ist in der „Gewerkschaftszeitung“ vom 11. Februar d. J. veröffentlicht und in der Arbeiterpresse bereits ausgiebig besprochen worden. Der Sturm der Unternehmerpresse gegen die Forderungen der freien Gewerkschaften auf Schaffung einer Reichsarbeitsaufsicht, deren Organisation sich, wenn auch nicht klassisch und schematisch, an das Vorbild der Reichsanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung anlehnen muß, hat also das Reichsarbeitsministerium nicht dazu bewegen können, bei der unzulänglichen Regelung stehenzubleiben, wie sie der Arbeitsschutzgesetzentwurf vorsah.

## Bolz will reformieren.

Vorläufig nur eine neue Dienstordnung für Württemberg.

Stuttgart, 8. August. (Eigenbericht.)

Die Regierung Bolz-Bazille läßt durch die staatliche Pressestelle bekanntgeben, daß es jetzt mit der „Staatsvereinfachung“ in Württemberg Ernst wird. Sie denkt zwar nicht an eine neue Einleitung der Verwaltungsbezirke des Landes, die nach Meinung der selbigen personellen, aber alleseitig als sachverständig anerkannten Fachminister von Bischof und Fleischhauer die unumgängliche Voraussetzung für jede Staatsvereinfachung sein müßte; aber sie beschert dafür dem Lande Württemberg — eine neue Dienstordnung für die Beamten. Sie wird binnen kurzem im Umfang von 146 Paragraphen erscheinen und den Stoff sämtlicher Erlasse früherer Regierungen in sich zusammenfassen. Wie die amtliche Auslassung sagt, bildet diese Dienstordnung einen Teil der „Modifikation von Recht und Verwaltung“, die in den letzten Jahren begonnen worden ist.

Gegen eine solche Arbeit ist natürlich gar nichts einzuwenden, und die neue Dienstordnung wird nach ihrem Erscheinen ohne jede Voreingenommenheit auf ihren Inhalt zu prüfen sein. Aber man darf sich doch nicht einbilden, daß wir den darin enthaltenen Vor-

schriften, die im wesentlichen den internen Dienstverkehr der Beamten regeln, das Problem der Staatsvereinfachung auch nur zu einem Teil in Angriff genommen worden wäre. Was die Öffentlichkeit unter Staatsvereinfachung versteht, ist vielmehr etwas ganz anderes. Das ist der ernstliche Versuch, die Zuständigkeiten zwischen den öffentlichen Gewalten im Deutschen Reich derartig zu regeln und abzugrenzen, daß auf diesem Wege Behörden eingespart und tatsächliche Verwaltungsvereinfachungen ermöglicht werden. An einer solchen Reform allein haben die Steuerzahler ein Interesse.

## Schwarzrotgold am 11. August. Amtliche Anordnungen in Braunschweig.

Braunschweig, 8. August. (Eigenbericht.)

Der braunschweigische Minister für Volksbildung hat angeordnet, daß am Verfassungstag sämtliche Schulgebäude in den Reichsfarben zu beflaggen sind. Eine Rundfrage hat ergeben, daß die überwiegende Mehrzahl aller Schulordnungen bereits im Besitz einer schwarzrotgoldenen Fahne waren. Von etwa 450 Gemeinden haben 10 unter nützlichen Vorwänden die Beschaffung einer Reichsfahne abgelehnt. Darauf hat der Minister für Volksbildung die Vorliegenden der Schulordnungen angewiesen, auch ohne Beschluß des Schulvorstandes die Reichsfahne sofort zu beschaffen. Eine gleiche Anordnung ist an die Justizbehörden durch den braunschweigischen Justizminister und an die übrigen Dienststellen vom Minister des Innern ergangen. Es darf also mit Sicherheit angenommen werden, daß am 11. August im Freistaat Braunschweig kein staatliches Gebäude und keine Behörde ohne schwarzrotgoldenen Fahnen Schmuck bleibt.

## Berliner Schüler in Frankreich. Ein neuntägiger Besuch in Paris.

Paris, 8. August. (Eigenbericht.)

Die Universität Biele unterhielt in Boulogne vom 14. Juli bis 1. August ein internationales Schülerlager, das auch von einer Gruppe Berliner Schüler besucht worden war. Am Dienstag sind nun die Berliner Schüler am Pariser Nordbahnhof zu einem neuntägigen Besuch der französischen Hauptstadt einetroffen und von Vertretern der Deutschen Botschaft, der Stadt Paris und der französischen Presse empfangen worden. Die Stadt Paris hat sich bereit erklärt, einen großen Teil der Kosten für Unterkunft und Verpflegung der Schüler zu tragen.

## Paragrafenbrutalität.

Modernes Unrecht am unehelichen Kinde.

Artikel 121 der Reichsverfassung lautet:

„Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen wie den ehelichen Kindern.“

Wir wissen, wie weit wir tatsächlich noch von der Erfüllung dieser Forderung entfernt sind. Vorurteile religiöser und gesellschaftlicher Art, die Scheu der Eltern, für ihre Handlungen einzutreten, sind schwere Hindernisse auf dem Wege zu einer wirklichen Gleichberechtigung des unehelichen Kindes. Immerhin sollte man annehmen, daß wenigstens in der Gesetzgebung der Artikel 121 der Reichsverfassung berücksichtigt wird und alle Bestimmungen so formuliert werden, daß mindestens in rechtlicher Beziehung jede Schlechterstellung des unehelichen Kindes gegenüber dem ehelichen unterbleibt. Leider trifft nicht einmal diese Annahme zu!

Für die preussischen Beamten ist am 17. Dezember 1927 ein neues Besoldungsgesetz in Kraft getreten. Der Landtag hatte in wenn auch eiliger Beratung sich bemüht, unter Berücksichtigung des Reichsbesoldungsgesetzes und der finanziellen Lage des Staates herauszuholen, was im großen ganzen herauszuholen gewesen war. Auf dem Gebiete der Kinderbeihilfen ist es beispielsweise gelungen, über die Reichsregelung hinauszukommen, indem den preussischen Beamten für das erste und zweite Kind je 20 M., für das dritte und vierte Kind je 25 M. und für das fünfte und jedes weitere Kind je 30 M. monatlich gewährt werden, während das Reich für seine Beamten nur eine einheitliche Kinderbeihilfe von je 20 M. kennt. Auch der unehelichen Kinder wurde dabei gedacht. In § 11 Ziffer 3d wird ausdrücklich angeordnet, daß die unehelichen Kinder den ehelichen gleichzustellen seien, sofern allerdings der Vater tatsächlich für den vollen Unterhalt aufkommt.

Der Landtag glaubte, damit das Nötige getan zu haben. Wie jedoch die Praxis zeigt, hat er sich geirrt. Denn neben der Gesetzgebung gibt es eine Verwaltung, und die will nicht immer so wie der Landtag. Der preussische Finanzminister hat im Mai 1928 die Ausführungsbestimmungen zum Preussischen Besoldungsgesetz erlassen, in denen der vom Landtag aufgestellte Grundsatz von der Rechtsgleichheit des unehelichen Kindes mit dem ehelichen in wichtigen Punkten durchbrochen wird. Das geschieht zum Teil auf sehr geschickte Weise, um sich keine Blöße zu geben und nicht den Eindruck zu erwecken, als ob durch Ausführungsbestimmungen das Gesetz geändert werden sollte. So wird zum Beispiel die Vaterschaft des Beamten an einem unehelichen Kinde für die Kinderbeihilfe davon abhängig gemacht, daß der Vater durch Urteil oder öffentliche Urkunde festgestellt ist. Die Gefährlichkeit dieser Bestimmung zeigt folgender Fall:

Ein Polizeibeamter wird schwer erkrankt aus der Polizeikrankenstube ins Krankenhaus gebracht. Sein Zustand ist hoffnungslos. Am selben Tage erscheint bei dem Chirurgen ein Mädchen mit seiner Tante und bittet ihn, ihr doch die Genehmigung zu geben, mit ihrem kranken Bräutigam zu sprechen, damit sie wenigstens eine schriftliche Anerkennung des Kindes, das sie erwartet, erhält. Das Mädchen kann nachweisen, daß ein mehrjähriges Verhältnis vorliegt, die Hochzeit in nächster Zeit stattfinden sollte und für den gemeinsamen Haushalt schon Anschaffungen gemacht worden sind. Der Arzt lehnt mit Rücksicht auf den Zustand des Kranken jeden Besuch ab. Der Beamte stirbt und das Mädchen bekam für das Kind keine Kinderbeihilfe und — was besonders betont werden muß — es hätte sie auch nicht bekommen, wenn der Vater sich auf dem Sterbebett zu dem Kinde bekannt hätte. Denn für eine öffentliche Urkunde im Sinne der Bestimmungen des Finanzministers ist die Anwesenheit eines Notars nötig!

Rechnen wir nun aber an, daß der Chirurg die Frauen zu dem Kranken vorgelassen hätte, der Sterbende bereit gewesen wäre, die Erklärung abzugeben und der eilig herbeigerufene Notar schneller als der Tod gewesen wäre, die werdende Mutter die öffentliche Urkunde also in die Hand bekommen hätte, wobei auch wieder fraglich ist, ob über die Vaterschaft eines noch nicht geborenen Kindes eine öffentliche Urkunde ausgefertigt werden kann bzw. ob der Finanzminister sie anerkennen würde — das alles hätte die Mutter des Kindes doch nichts genützt, sie hätte die Kinderbeihilfe für ihr uneheliches Kind doch nicht bekommen! Denn in den Bestimmungen des Finanzministers steht weiter, daß die Kinderbeihilfe für Stiefkinder und uneheliche Kinder im Falle des Todes des Beamten wegfallen! Während also die Kinderbeihilfen für eheliche Kinder den Witwen der Beamten weitergezahlt werden, erhält die uneheliche Mutter, die in den meisten Fällen wirtschaftlich noch viel schlechter gestellt ist als die eheliche, für ihr Kind nichts mehr, wenn der Vater stirbt. Sie verliert also nicht nur den Alimentationsanspruch an den Vater, sondern auch die Kinderbeihilfe vom Staat.

Der Landtag hat mit der Gleichstellung des unehelichen Kindes eines Beamten bei der Gewährung der Kinderbeihilfe mit dem ehelichen bewußt den Grundgedanken des veralteten Bürgerlichen Gesetzbuches verlassen, nach dem der Vater des unehelichen Kindes mit ihm nicht verwandt ist. Aufgabe der Ausführungsbestimmungen zum Preussischen Besoldungsgesetz wäre es gewesen, dem Willen des Landtages Rechnung zu tragen. Da das nicht geschehen ist, muß der Landtag sich darum kümmern, daß seinem Willen entsprechend das uneheliche Kind beim Bezug von Kinderbeihilfe tatsächlich dem ehelichen gleichgestellt wird.

## Phosgenfabrik in Höchst.

Die Sicherheitsfrage wird geprüft.

Frankfurt a. M., 8. August. (Eigenbericht.)

In einer Bezirksratsitzung in Höchst am Main wurde von der sozialdemokratischen Fraktion vor einiger Zeit die Anfrage eingebracht, ob bei dem Werk Höchst der I. G. Farbenindustrie Phosgen oder ähnlich wirkende Gifte hergestellt werden oder verarbeitet werden. Nunmehr ist auf diese Frage geantwortet worden. Die Höchstler Farbwerke hätten zugesagt, daß in ihrem Werk Phosgen lagere und in geringen Mengen verarbeitet werde. Daraufhin wurde das Gewerbeamt beauftragt, die Angelegenheit zu prüfen und zu ermitteln, ob genügende Sicherheiten gegen das Giftgas getroffen sind.

**Unordnung mit Polizeihilfe.** Als in den Büroräumen der polnischen Müttervereine in Katowitz der Sejmabgeordnete Sypnowicz (Regierungsp.) mit 10 Personen erschien und die gesamte Büroeinrichtung, Utensilien und sonstige Gegenstände gewaltsam fortjagte, riefen die Anhänger Korsanits die Polizei herbei. Diese erklärte, Anweisung zu haben, in keiner Weise einzugreifen.

**Chile und Peru** nehmen nach Schlichtung des Tacna-Arica-Streites die Beziehungen wieder auf und errichten gleich Postämter.

**Der Scheinultra von Maroffo** hat das Generalsekretariat des Bänderbundes besucht.

## Der Richter auf Jagd.

Beim Amtsgericht Berlin-Mitte stellte der Präsident auf einem Rundgang fest, daß ein als Richter fungierender Kaffee auf Jagd gegangen war und seinen Berichtschreiber mit der „Berrettung“ beauftragt hatte.



Schließlich — was kommt es darauf an, wo dieser Richter seine Böde schießt?!

## Klassengegensätze im Sowjetstaat.

Zunahme der Verfolgungen der Arbeiter- und Dorfkorrespondenten. — Die Nordwelle. — Scharfe Regierungsmaßnahmen angekündigt.

Moskau, 7. August.

Die Sowjetpresse schlägt großen Alarm über die starke Zunahme der Verfolgungen der Arbeiter- und Dorfkorrespondenten. Nach Angaben des Bauernblattes „Bednoia“ (Armut) waren allein in der RSFSR 1927 10 Ermordungen von Arbeiter- und Dorfkorrespondenten, 26 Mordversuche, 88 Fälle von Mißhandlungen 10 Brandstiftungen bei den Korrespondenten und

85 Fälle von geschwinderiger Entlassung wegen der Berichterstattung an die Blätter

zu verzeichnen. Im ersten Halbjahr 1928 haben sich die Fälle von Verfolgungen um über 50 Proz. im Vergleich zum Vorjahre erhöht. Die „Pravda“ schreibt, daß diese Verfolgungen in den letzten Monaten einen noch nie dagewesenen erbitterten Charakter trügen und ausgesprochen politischer Natur seien. Vor allem hätten die Ermordungen von Dorfkorrespondenten in erschreckender Weise zugenommen. Das sei, schreibt das kommunistische Hauptorgan,

die Klassenache der Großbauern an den Dorfkorrespondenten.

Der letzte Fall dieser Art ist die Ermordung des Dorfkorrespondenten Wassilitschenkow in Troizk (Uralgebiet). Er war einer der aktiveren Führer der ärmeren Bauern. Durchgedungene Wörder wurden ihm 30 Wesserscheibe beigebracht. Wie heftig die Wut der Wörder gewesen ist, kann man daraus erkennen, daß Wassilitschenkow, nachdem er bereits tot war, von den Wördera durch zahlreiche weitere Wesserscheibe völlig entstellt wurde! Wie besonderer Beforgnis verzeichnet aber die Sowjetpresse das

Wiederaufleben der Nordwelle gegen die Arbeiterkorrespondenten.

Aus Zentralrussland, dem Donezbecken, Transkaukasien, Russisch-Mittelasien und zahlreichen anderen Gebieten treffen immer neue Meldungen über Ermordung von Arbeiterkorrespondenten ein. Daneben werden Arbeiterkorrespondenten in den Betrieben durch die Betriebsleitungen in jeder Weise schikanieren. Fälle von zeitweiser Entlassung der Arbeiterkorrespondenten, die über Mißstände in ihren Betrieben berichtet hatten, sind an der Tagesordnung. Bisher wird den mißliebigen Arbeiterkorrespondenten neue, ihnen bisher völlig fremde Arbeit zugewiesen, um sie hierdurch vor den Arbeitern zu diskreditieren und einen Vorwand zur Entlassung zu haben! Diese Schikanen haben bereits

zahlreiche Selbstmorde von Arbeiterkorrespondenten

hervorgezogen. Die Sowjetblätter erklären übereinstimmend, daß weder die Behörden noch die Partei- und Gewerkschaftsorgane in den meisten Fällen irgend etwas gegen die Verfolgung von Arbeiter- und Dorfkorrespondenten unternahmen! Bisher seien in 70 Proz. der Fälle solcher Verfolgungen die Gerichte zur

Einstellung des Verfahrens gegen die Schuldigen

gekommen. Die „Pravda“ verlangt, daß nunmehr endlich sofort durchgegriffen werde. Die kommenden Prozesse wegen Ermordung und Verfolgung der Arbeiter- und Dorfkorrespondenten sollen als „Rusterprozesse“ aufgejagen werden.

## Poincarés Memoiren.

Prozess der Uebersetzerin gegen den Verleger.

Der französische Ministerpräsident Poincaré veröffentlicht vor einigen Jahren in dem Pariser Verlag Plon seine vierbändige Erinnerungen aus der Zeit vor und nach dem Weltkrieg. Der deutsche Verlag Paul Arck erwarb von dem französischen Verleger für Deutschland das Uebersetzungs- und Verlagsrecht und beauftragte Frau Käthe Minz mit der Uebersetzung. Von dem deutschen Verlag wurde als Herausgeber Dr. Eugen Fischer, Generalsekretär des Untersuchungsausschusses zur Erforschung der Ursachen des Weltkrieges, gewonnen; er machte eine Reihe legitimer Abänderungsvorschläge, die der Verlag auch vorgenommen hat. Wegen dieser Abänderungen der Uebersetzung kam es nun zu einem interessanten Rechtsstreit vor der 4. Zivilkammer des Landgerichts III (Vorsth. Landgerichtsrat Dr. Werner). Die Uebersetzerin (Vertreter Rechtsanwalt Friedländer) erblühte in ihren Korrekturen an dem von ihr gelieferten Wortlaut eine Schädigung ihres Rufes als Uebersetzerin und hatte gegen den Verleger sowie gegen den Herausgeber den Erlass einer einstweiligen Verfügung beantragt, wonach die Uebersetzung in dem von ihr gelieferten Wortlaut erscheinen sollte; außerdem sollte der Herausgeber Dr. Eugen Fischer sich jedes Eingriffs in den Text ihrer Uebersetzung enthalten. Während der Vertreter der Uebersetzerin ausführte, daß die Korrekturen eine Verletzung des Uebersetzungsvertrages seien, betonten die Rechtsbeistände der Beklagten (Rechtsanwälte Dr. Benzel Goldbaum und Dr. Erich Wolf), daß die Korrekturen erforderlich gewesen seien, weil die Uebersetzung zum Teil unverständlich und sinnverwirrend wäre. Da aber der erste Teil der deutschen Uebersetzung, Band 1 und 2 der Poincaré-Memoiren, bereits im Buchhandel erschienen und die beantragte einstweilige Verfügung auf Unterlassung der Herausgabe dadurch hinfällig geworden ist, kamen die Parteien überein, daß die Klägerin aus wirtschaftlichen Gründen diesen Antrag zurückzieht, sich aber vorbehält, ihre rein wirtschaftlichen Ansprüche in einem weiteren Prozeß zu vertreten. Der Vertrag des Paul-Arck-Verlag mit Plon-Paris geht dahin, daß Poincaré das Recht der Abänderung an der deutschen Uebersetzung zugewilligt wird. Von Poincaré ist aber die Uebersetzung mit den von Dr. Fischer vorgeschlagenen Abänderungen inzwischen gebilligt worden. Der 3. und 4. Band der deutschen Ausgabe ist in Vorbereitung; der Verlag hat sich an einen anderen Uebersetzer gewandt.

## Die zaristischen Polizeiarchive.

Der Kommunist Schlowski und der Zar.

Der Moskauer Berichterstatter des „Sozialistischen Boten“ weiß zu berichten, daß die GPU. vor kurzem eine unangenehme Sache entdeckt hat. Seit langem bedient sie sich in ihrem Kampfe gegen die Sozialdemokraten und die Sozialrevolutionäre der früheren zaristischen Archive. Aus ihnen erfährt sie, ob der Betreffende leidet

zeit einer der illegalen Parteien angehört hat. In welcher Weise wurden auch die früheren Gendarmearchive im Kampfe gegen die Opposition ausgenutzt; und da ergab sich folgende peinliche Situation. Einer der Friedensstifter zwischen der Opposition und der Partei, ein guter Bekannter Lenins, der Genosse Schlowski, hat, wie es sich herausstellte, im Jahre 1904 den Zar kniefällig gebeten — so hieß es damals —, ihn von der Parteiführung, der er im Gouvernement Wjatski unterlag, zu befreien. Ein diesbezügliches Gnadengebet hatte er an den Zaren durch Vermittelung des ehemaligen Ministerpräsidenten Swjatopolski gerichtet.

Schlowski gehört zu den prominenten und äußerst angesehenen Bolschewiken. Im Jahre 1918 vertrat er den Sowjetgesandten in Bern, im Jahre 1922/23 war er Konsul in Hamburg und wurde auf Veranlassung der Regierung wegen seiner Teilnahme am Aufstande abberufen; später war er ständiges Mitglied der zentralen Kontrollkommission.

Als sich nun bei der Durchsicht der Gendarmearchive die Gelegenheit mit dem Bittgebet herausstellte, erklärte er, daß er das Gebet mit Einverständnis des Minister Komitès des jüdischen Arbeiterbundes eingereicht habe; als die Lage nicht zog, fand er eine andere Erklärung, die der ersten direkt entgegengesetzt war: er sei, so sagte er, schon damals mit den Grundfragen des Arbeiterbundes nicht einverstanden gewesen und habe deshalb beschlossen, sich zu Lenin zu begeben, damit dieser seine Zweifel löse. Da er jedoch die Erlaubnis zur Reise nur nach Befreiung von der Schulaufsicht erhalten konnte, so beschloß er, das „kniefällige“ Gebet an den Zaren zu richten. Die kommunistische Partei gab sich mit diesen Erklärungen zufrieden. Nicht aber der Verband der früheren politischen Gefangenen: er schloß Schlowski aus seiner Mitte aus — in der kommunistischen Partei darf er aber nach wie vor Mitglied sein. Man stelle sich nun vor, daß irgendein „Konterrevolutionär“ das Unglück gehabt hätte, vor Gericht zu erscheinen; wie hätte man ihm dann das Zarengebet angekreidelt?

## Donezgebiet nach dem Schachtprozeß

Das führende Mitglied des obersten Wirtschaftsrats Lomow hat dem Berichterstatter der „Pravda“ gegenüber geäußert, daß die Unterproduktion im Donezgebiet, die im dritten Quartal etwa 9 Prozent erreicht, dem Rückgang der Produktivität und der mangelnden Arbeitsdisziplin zuzuschreiben sei. Mit anderen Worten: die Hinführung der Schacht-Ingenieure hat die Kohlenausbeute nur verschlechtert. Gerade im Schacht-Bezirk ist die auf mechanischem Wege erlangte Kohlenmenge niedriger als vorgeesehen. Die Maschinen werden nur etwa bis 80 Prozent belastet; während auf der Zeche „Artem“ früher etwa 75—80 Prozent der Kohlenmenge auf maschinellem Wege produziert wurden, sind es jetzt nur 51 Prozent.

Die „Pravda“ vom 28. Juli berichtet, daß die Selbstkosten der Kohle in hohem Maße zugenommen haben; so konnte in einem Falle festgestellt werden, daß die Tonne 2,10 Rubel mehr ausmacht als vorzeichen.



# Ein Muster-Zuchthaus.



So soll es in Brandenburg nach seiner Fertigstellung aussehen.

Vor den Toren der tausendjährigen Stadt Brandenburg in der Entfernung von sieben Kilometern, mitten im Walde, auf einem Gelände von 43,5 Hektar Größe sind dreihundert Arbeiter, darunter ein Fünftel Strafgefangene, mit der Errichtung eines Baues beschäftigt, der nicht allein den Forderungen der Bautechnik, sondern auch der Erziehung des erwachsenen Menschen für die Freiheit gerecht werden soll. Bewilligt das preussische Finanzministerium die nötigen Raten wie vorgesehen, so werden in etwa zwei Jahren 500 Strafgefangene in dieser modernen Anstalt Unterkunft finden.

### Die alte Anstalt.

Das alte Zuchthaus mitten in der Stadt ist im Augenblick nichts anderes als eine der üblichen und üblichen „Verbesserungsanstalten“; die guten Absichten der Verwaltung zerfallen an dem veralteten Bau, der jedem Strafbollzug Hohn spricht. Ein Blick in einen der sechs Gemeinschaftszelle mit je fünfzig Betten ließ ahnen, welcher Art Einflüsse während der unbewachten Nacht zum Gefangenen zum Gefangenen hinübergleiten. Hier werden Erinnerungen über gelungene Verbrechen ausgetauscht, Pläne für die Zukunft geschmiedet, hier wird beim Kartenspiel die Zufahrt verspielt. In diesem Schlafsaal nahm auch die Meuterei im Jahre 1923 ihren Anfang. Der Arbeitsraum — man sah drei Werkstätten, in denen Grammophonchränke angefertigt werden — dient gleichzeitig als Speise- und Aufenthaltsraum; zwischen Maschinen, aufgestapeltem Holz, Koh- und Fertigfabrikaten, in verbrauchter und überhitzter Luft nehmen die Gefangenen ihre Rastung ein, hier verbringen sie ihre Freizeit, bevor sie sich in den Schlafsaal oder in die

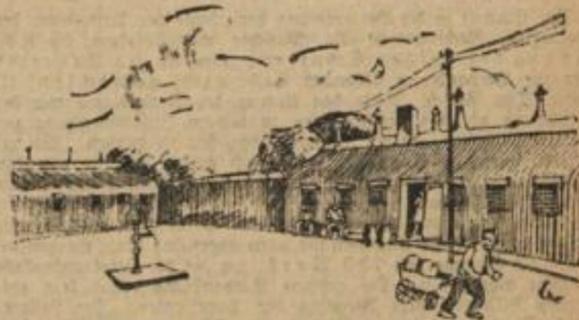
Schlafzellen begeben. Man sah solche Schlafzellen, enge trostlose Kästen, bloß mit einem Bett und einem dürftigen Regal für Kleider versehen; bei den Gefangenen der zweiten Stufe hin und wieder in den kalten Wänden ein kleiner Spiegel oder ein paar Bilder, zwischen den Gittern manchmal ein Blumentopf. Man tat auch einen Blick in die Wohnzelle eines Lebenslänglichen, der Stride flucht — im ganzen gibt es hier 26 Lebenslängliche, einer von ihnen hat bereits vierzehn Jahre hinter sich — oder in eine andere Zelle für zwei Gefangene, die der zweiten Stufe angehört und in dem mohnlich eingerichteten Räume Bücher, Bilder und Zeitschriften hatten.

### Der Neubau in Brandenburg.

Mit Ausnahme eines Gebäudes, das als Beamtenwohngebäude gedacht ist und dem sich eine Anzahl weiterer anreihen sollen, mit Ausnahme des Gefangenenlagers und der Kantine für die Arbeiter, befindet sich hier alles noch in unfertigem Zustande. Die Erläuterungen des Bourais Conroyd ließen aber vor dem Besucher das mächtige Gefängnis erschauen, wie es in zwei Jahren werden soll. Es stellt gewissermaßen eine Verbindung des üblichen Panoptikumsystems vor, in dem man einem Punkte aus sich nach allen Seiten hin die Zellenkorridore verfolgen, und des Pavillonsystems, bei dem die einzelnen Verwaltungshäuser sich als selbständige Gebäude von einem gemeinsamen Korridor abzweigen. Das neue Gefängnis ist so gebaut, daß einerseits zwischen Verwaltungsgebäuden, Zellengebäuden, Werkstätten, Wirtschaftsanlagen eine Verbindung besteht, andererseits jedes dieser Teile des Gefängnisses und auch die einzelnen Zellenflügel und Stockwerke unabhängig voneinander ihr selbständiges Leben führen können.

Nach Durchschreiten des Torgebäudes steht man vor dem Hauptgebäude, das sämtliche anderen Teile des umfangreichen Gebäudekomplexes an Höhe überragt. Durch einen Windfang betritt man das Haus und gelangt in eine geräumige zweigeschossige Halle, von der aus nach beiden Seiten die Aufnahme- und Abgangsteilung mit Hauswache, Expedition, Desinfektionsräumen, Wartezimmer, Einzelzellen für die Rekonvaleszenten usw. abzweigen. Das zweite Obergeschoss enthält die Verwaltungsräume: das Konferenzzimmer, das Direktorzimmer, die Zimmer der Geistlichen. Im dritten und vierten Obergeschoss befinden sich der Lesesaal, die Schulhöfen und die Gemeinschaftsräume für die Gefangenen aus den Schlafzellen. Zu beiden Seiten des Verwaltungsgebäudes liegen die Aufsichtszentralen, die die Verbindung zwischen dem Verwaltungsgebäude und den Verwaltungshäusern herstellen. Drei Verwaltungszüge auf jeder Seite schließen sich in einem Rechteck zusammen. Zwischen diesen Flügeln befinden sich die großen Höfe, die an der vierten, der Außenseite von eingeschlossener Arbeitsfläche, im ganzen zwölf, abgegrenzt werden. So haben zu den Höfen Licht und Luft Zutritt. Den dritten Hof bildet der freie Raum zwischen dem Verwaltungsgebäude und dem hinteren Teil des Gebäudes, in dem sich die Disziplinarabteilung, der Kessel-

raum und die verschiedenen anderen Wirtschaftsanlagen befinden. Die Verwaltungszüge bestehen aus dreifacher Art Schlafzellen, Wohnzellen für eine Person und Kameradschaftszellen für drei bis fünf Gefangene. Die Wände der Zellen sind so gebaut, daß sie entfernt und auf diese Weise die Räume beliebig umgestaltet werden können. Die Zellen der Gefangenen der ersten Stufe sollen niedrigere Fenster erhalten, als es sonst in Gefängnissen üblich ist.



Das Barackenlager der Gutsarbeiter.

Dem Gebäudekomplex reihen sich in einer geringeren Entfernung Kantine, Turnhalle und Sportplatz an. Die Höfe sind mit Rosen, Blumen- und Gemüsebeeten versehen. Um das ganze Terrain geht eine Umfassungsmauer, die durch gewisse Vorrichtungen — ein Patent Siemens u. Halbes — unübersteigbar ist. Vier Türme, je einer an den Ecken des Gebäudes, Ruf- und Lichtsignale, Gitter aus gehärtetem Eisen machen einen Ausbruch schier unmöglich. Unmöglich?! Die beste Sicherung gegen Entweichungen bleibt doch die innere Hemmung, trotz lockender Freiheit.

### Der Pflauserhof.

Nur noch ein kurzer Besuch im Rittergut Pflauserhof. In einem Gefangenenlager, das aus im Korree aufgestellten einschrägigen, aus Wellblech hergestellten langgestreckten Häusern besteht, mahnen unter Aufsicht einer Anzahl von Beamten etwa 60 bis 100 Gefangene, die landwirtschaftliche Arbeiten verrichten, Schmeinezucht und Milchwirtschaft treiben. Diese Außenarbeiten sind bei den Gefangenen sehr beliebt, zu ihnen herangezogen werden nur solche, die bloß noch eine kurze Gefängnisstrafe zu verbüßen haben. Die verhältnismäßig geringe Zahl der Entweichungen zeigt, daß die Gefangenen die Wohlthaten dieser Arbeit für sich zu schätzen wissen. Der Ertrag der landwirtschaftlichen Tätigkeit kommt in der Hauptsache der Anstalt zugute und bedeutet keine geringe Entlastung für den Staat. Der Pflauserhof wird selbstverständlich auch nach Herstellung des neuen Gefängnisses weiter bestehen. Fortgeführt werden sollen auch als



Gefangenearbeit auf dem Gutshof.

## Die Nacht nach dem Verrat.

Roman von Liam O'Flaherty.

(Aus dem Englischen übersetzt von K. Hauser.)

Die beiden Worte hallten durch den Boden wie zwei Fellen, die von gegenüberliegenden Klippen in eine Schlucht stürzen und auseinanderprallen mit zwei verschiedenen Geräuschen, dem schweren, drallen Klang des Zusammenpralls und dem lauten Bräseln, wenn ihre zersplitterten Fragmente klirrend durch die Luft fliegen.

Die beiden Worte waren kaum zur Tür hinaus in die Nacht gedrungen, als allgemeines Schweigen entstand. Ein Mann hielt im Essen inne, als seine Lippen an einer Gräte saugten.

„Run, macht weiter,“ fuhr Gypo fort, „aber macht keinen Krach wie 'ne Rote Kannibalen. Beschämt nicht euer Land. 's könnte einer denken, ihr hättet ein Jahr lang nichts zu freffen gekriegt.“

Dann wendete er sich selbst der Theke zu und fragte den Italiener, wie viele Portionen er ausgegeben habe. Es waren vierundzwanzig. Er warf die Pfundnote hin. „Zieh' drei Portionen ab für mich selber.“

Dann schob er seinen Hut zurück, zog ein Papier mit Speise an sich heran und begann zu essen. Wortlos hielt der Italiener den Geldschein gegen das elektrische Licht und prüfte beide Seiten mehrere Male. Dann nickte er mit dem Kopf und öffnete seine Kasse.

Auch Mulholland hatte den Nacken vorgestreckt, um den Schein zu besichtigen. Er hatte die ganze Zeit über schweigend und unbeweglich im Winkel der Tür gestanden. Sobald er die Pfundnote erblickte, drängte er hinein und beugte sich über die Köpfe der Leute, um sie sich anzusehen. Ein Nachbar bemerkte ihn, ein zerlumpter, kleiner Bursche, der den Grund von Mulhollands Neugier falsch verstand.

„Hast du noch nichts abbekommen? Wenn nicht, ist's deine eigene Schuld. Komm, Mann. Steh nicht hungrig da. Geh hin an die Tonbant.“

Mulholland zischte: „Laß mich in Ruh'. Ich brauch' kein Freffer. Laß los.“

Der Kleine redete weiter: „Komm nur, geh hin, Mann, hast du nicht gehört, wie er gesagt hat, daß er 'ne Runde für alle ausgebe? Komm nur.“

„Laß los, sag' ich dir. Laß los. Ich will's nicht.“

Aber seine Weigerung half Mulholland nichts. Je mehr er sich weigerte, um so entschlossener war der kleine Mann, daß er gefüttert werden sollte. Andere mischten sich ein, alle aus irgendeinem erstaunlichen Grund beflissen, daß Mulholland gefüttert werden sollte. Es sah so aus, als ob sie etwas Unpassendes und Ungehöriges in Mulhollands Weigerung fanden.

„Ruf' mal,“ schrie einer, „ruf' mal einer nach 'ner Portion mehr. Langt sie ihm hin.“

„Jawohl, warum soll er sein Teil nicht haben wie jeder andere auch?“

„Laßt mich gehen,“ schrie Mulholland wütend, „laßt mich in Ruh', oder ich schlag' euch den Schädel ein.“

Das gab der Sache ein anderes Gesicht. Es erhob sich ein Duzend ärgerlicher Flüche.

„So, das willst du also, Streit willst du suchen!“

Von hinten schrie einer, der sich vorwärts drängte: „Weg da, laßt mich auf ihn!“

Mulholland versuchte aus der Tür zu kommen, aber sie hielten ihn fest.

„Was zum Teufel ist den nur los?“ donnerte Gypo näherkommend.

Augenblicklich stockte das Handgemenge. Gypo sah sich Kopf gegen Kopf Mulholland gegenüber. Er sah Mulhollands kleine Augen sprühend und funkelnd wie die Augen einer von Hundengestellten Katze. Während eines gespannten Augenblicks kämpfte Gypo mit dunkeln Argwohn. Plötzlich wandelte sich der Ausdruck von Mulhollands Gesicht zu einem Zug von schlauer Intimität. Seine Züge, nicht mehr finster und rachsüchtig, schienen zu sagen: Wir sind Mitglieder der Organisation, du und ich. Schaff' mir das Gefindel vom Hals. Gypo erinnerte sich augenblicklich an Gallaghers Versprechen. Er blickte mit gutmütiger Herablassung auf Mulholland: Ha, dachte er, der Bursche kann von Ruh'n sein.

„Laßt ihn gehen,“ schrie er anmahend, „'s ist ein Freund von mir. Wie geht's dir, Bartly?“

Dann fuhr er wie beiläufig fort, um der Menge einen Begriff von seiner eigenen Wichtigkeit und seiner Vertrautheit mit den Angelegenheiten der revolutionären Organisation zu geben, die im Leben derer, die um ihn waren, die größte Bedeutung hatte: „Na, schon was gehört seitdem in der Sache, die ich da vorhin erzählt hab' über den Kerl, der Francis McPhillip angegeben hat?“

Mulholland war einen Augenblick sprachlos. Welche Freiheit! Aber es war nicht Freiheit. Gypo hatte den

plumpen Burschen in dem zerknautschten runden Hut, der auf die Polizei gegangen war, vollständig vergessen. Sein pföhllicher Hochmut hatte jenen plumpen Burschen ganz verschluckt.

Er muß betrunken sein, dachte Mulholland. Dann jagte er Gypo zuflüsternd, während er den Kopf auf seine besondere Art tief beugte und das Gesicht seitwärts drehte: „Ich kam gerade vorbei und sah dich da. Ich dachte bloß, ich könnte mal reinschauen, um dir zu sagen, daß du um eins an Ort und Stelle bist. Du weißt ja Bescheid, was ich meine? Nein, wir haben seitdem nichts mehr über die Sache gehört.“

Er zwinkerte mit dem rechten Auge. Gypo zwinkerte gleichfalls mit dem rechten Auge und nickte bedeutungsvoll. Dann ging Mulholland schnell zur Tür hinaus, augenscheinlich in großer Eile sich irgendwohin begebend. Er hielt in dessen an der Ecke der Gasse an, machte die Augen weit und knirschte mit den Zähnen. Nachdenklich rieb er sein Kinn und sah zu Boden. Er konnte aber zu keinem Entschluß kommen, was es auch immer war, das sein Gehirn quälte.

Gypo wandte sich wiederum der Theke zu und fuhr mit Essen fort. Er sah, als ob er tagelang zu reifen hätte und mit Vorbedacht einen solchen Vorrat an Nahrung in sich stauen müßte, daß er bis zum Ende der Reise sangte. Hinter ihm und zu seinen Seiten redete man über seine Stärke und pries ihn, aber er schenkte dem keine Aufmerksamkeit.

Er war versunken in Träume über seine Zukunft, jetzt, wo Gallagher im Begriff stand, ihn wieder in die Organisation aufzunehmen.

Eine alte Frau mit wässrigen blauen Augen und runzligen Gesicht suchte mit der Faust zu ihm hinauf und schrie: „Ich wünschte, ich hätte 'nen Sohn wie dich. Dimmy, mein eigner, Gott sei ihm gnädig, ist im Ariege gefallen. Das war ein Junge, der kennt's den Boshpen geben! Ungelogen. Ich seh' ihn noch die eine Nacht, wo sie sechs Mann holen mußten, um ihn von seiner Rahlentorke wegzuschleppen, und er hielt sich die ganze Zeit mit einer Hand an den Zügeln vom Pferd fest und mit der anderen schlug er auf sie los.“

Sie stampfte auf den Boden, johlte, und ihre Augen glühten wild, als ob der Gedanke an den Kampf ihres toten Sohnes ihr eine leibliche Freude bereite. Dann ging sie nach der Tür, ihren Schal nachschleppend, mit einer großen Geste ihrer Arme. Die arme Frau war paralysiert und infolgedessen etwas geisteschwach.

(Fortsetzung folgt.)

Zugbeschäftigung die Restaurationsarbeiten in der Gegend von Treben.

Der letzte Eindruck war der beste. Er verführte einigermaßen mit dem von der Brandenburger Strafanstalt. Aber auch hier ist eine erhebliche Einwirkung unmöglich. Eine auf pädagogischen Grundrissen aufgebaute Ausnutzung der Freizeit ist nicht vorhanden. Das Gefangenlager in Plauerhof frant am gleichen wie die Mutteranstalt in Brandenburg. Auch das mühte nach Herstellung des neuen Gebäudes anders werden.

Die Vertreter der Öffentlichkeit hatten die Möglichkeit, sich durch den Vergleich von der Unhaltbarkeit der bestehenden Zustände im Brandenburger Zuchthaus zu überzeugen und sich so für die möglichst baldige Verwirklichung der groß angelegten Pläne des Strafvollzugsamtes in bezug auf die neue Strafanstalt wichtig ins Zeug zu legen. Die Gelder für diese Verwirklichung müssen gefunden werden. Insbesondere müssen sie für eine genügende Anzahl von pädagogisch geschulten Fürsorgern vorhanden sein. Ohne sie bleibt moderner Strafvollzug nichts mehr als eitel Schall und Klang.

E. R.

## Die Praktiken der „Reho“.

### Prozess um hinterzogene Krankenkassenbeiträge.

Vor dem Potsdamer Schöffengericht wurde am 10. Juli d. J. die 20jährige Gertrud Eiserich aus Nonnens wegen Vergehens gegen den § 533 der Reichsversicherungsordnung zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Von diesen zwei Wochen sollte sie nur drei Tage absitzen. Für den Rest der Strafe hatte sie eine Bewährungsfrist von drei Jahren erhalten. Gegen dieses Urteil hatte die Verurteilte Berufung eingelegt, und es kam daher erneut zur Verhandlung.

Vor Eintritt in die Verhandlung beantragte der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Wischer aus Potsdam, die Ablehnung der beiden Schöffen, weil sie als Arbeiter dieser zur Verhandlung stehenden Sache nicht gemacht (1) wären. Das Gericht lehnte den Antrag des Verteidigers mit der Begründung ab, daß die Schöffen in keinem Zusammenhang zur Krankenkasse stehen, um als Befangen abgelehnt zu werden. Wie erinnerlich, wird der Angeklagten zur Voll getan, daß sie von den 20 Arbeitern, welche in der Holzbearbeitungsfabrik der Firma „Reho“ in Potsdam beschäftigt waren, die Beiträge zur Krankenkasse in der Zeit vom 1. Dezember 1927 bis Mitte Februar 1928 einbehalten, aber an die Krankenkasse nicht abgeführt hat. Es handelt sich um die Summe von 733 Mark, um die die Ortskrankenkasse geschädigt worden ist. Die gestrige Verhandlung ergab kein entscheidendes Bild von dem Vergehen der Angeklagten. Der stellvertretende Geschäftsführer und Vertreter der Allgemeinen Ortskrankenkasse, Fritz Baischmieder, gab an, daß zehn Arbeiter außer Medizin und Arzneikosten eine Unterstützung von der Allgemeinen Ortskrankenkasse erhalten haben, trotzdem keine Beiträge gezahlt waren. Die Arbeiter der Fabrik Reho wußten nicht, wer der Inhaber der Fabrik war. Der angebl. Geschäftsführer der Firma Reho, Karl Werner aus Potsdam, schickte die Kasse der Firma als sehr schwach, so daß Löhne an die Arbeiter nicht ausbezahlt werden konnten. Nachdem geklärt war, stellte es sich heraus, daß das Holz und die Maschinen der Firma aus Abzahlung entnommen worden sind. Die Firma Reho war auch nicht im Handelsregister angemeldet. Wenn bei der Firma mal 20—30 Mark übrigblieben, dann wurde Material gekauft.

Staatsanwaltschaftsrat Gysae beantragte Beschlußfassung des Gerichts über die Nichtverurteilung des Zeugen Werner, da er bringend verdächtig erscheint, mit der Angeklagten unter einer Decke zu stehen. Das Gericht beschloß jedoch, ihn zu verurteilen, weil sie beide als Mitschuldige bei der Tat verdächtig sind. Der Staatsanwalt beantragte Verurteilung der Berufung. Das Gericht verwarf die Berufung auf Kosten der Angeklagten und verurteilte sie nach § 533 und 534 der Reichsversicherungsordnung zu 300 Mark Geldstrafe, evtl. für je 30 Mark ein Tag Gefängnis. Der Vorsitzende führte aus: Als Arbeitgeberin, wie sie sich ausgibt, mußte sie wissen, welche Verpflichtungen sie hatte. Wie weit sollten wir wohl kommen, wenn Firmen auf diese Weise die Sozialversicherungsbeiträge einbehalten?

## Auch ein Jubilar!

### Das 25. Zuchthaus.

Ein Jubiläum, das wohl nicht sehr häufig vorkommt, kamte der Schlosser Gustav Bissow, ein Mann von 58 Jahren, vor dem Schöffengericht Mitte feiern, nämlich den Tag, an dem er sein 25. Zuchthausjahr jubiliert bekam.

Bissow hat bisher schon von den letzten 25 Jahren seines Lebens 24 Jahre im Zuchthaus zugebracht, darunter einmal hintereinander 14 Jahre. Seine Spezialität sind Einbrüche. Diesmal aber war er nur der Schlichte seines Zuchthausfreundes, des Kaufmanns Otto Müller, eines hartgesessenen Betrügers, der auch schon eine lange Liste von Verurteilungen aufzuweisen hat. Beide Freunde wurden fast gleichzeitig aus dem Zuchthaus entlassen, und Müller nahm sofort wieder sein altes Gewerbe auf, unter der Maste eines Landwirtes, Kalkereibesizers oder Försters Pferde und Kühe zu kaufen und zu verkaufen. Er besaß ein gestohlenes Scheibbuch, das er als Zahlungsmittel benutzte. In anderen Fällen ließ er, während er mit dem Verkäufer auf dem Zentralviehhof verhandelte, das Vieh durch einen anderen wegtreiben.

Das Schöffengericht war der Meinung, daß derartige Verurteilungen möglichst lange unschädlich gemacht werden könnten, und verurteilte Müller zu 4 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Sein Gehilfe Bissow erhielt 1 Jahr Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und wurde sofort verhaftet.

## Moabit hat seinen Koch wieder!

In der Nacht zum 26. Juli flüchteten aus dem Untersuchungsgefängnis in Moabit zwei Männer, ein 25 Jahre alter Franz Junk und ein Max Hahn. Junk, ein alter Schaulustler-Einbrecher, hatte 2 Jahre zu verbüßen, führte sich aber so gut, daß man ihm einen Vertrauensposten als Koch zuteilte. Die Küche der Anstalt ist in einem 1½ Stock hohen Wirtschaftsgebäude untergebracht. Am Abend des 25. Juli verbargen sich Junk und Hahn zunächst in der Küche und später in einem Bodenverschlus, wo sie nicht entdeckt wurden. In der Nacht ließen sie sich mit Hilfe eines vierfachen Stricks auf den Hof hinunter und gelangten ohne Schwierigkeit über die Mauer nach der Straße Alt-Moabit. In der Gerichtstraße trennten sich die beiden Entwichenen und Junk sah seitdem nichts mehr von Hahn. Er selbst nahm sein altes „Gewerbe“ sofort wieder auf. In der Nacht vom 2. zum 3. August verkrümmerte er an einer Fahrradhandlung in der Reinickendorfer Straße die Schaukastenrolle. Er konnte aber kein Rad erwischen, weil die Maschinen untereinander mit einer Kette verbunden waren. Jetzt versuchte er sein Heil an einem Konfektionsgeschäft und angelte einen Mantel und mehrere Hühner heraus. Größere Beute konnte er nicht machen, denn ein Wächter war auf ihn aufmerksam geworden und Junk mußte flüchten. Gestern wurde er endlich wieder ertappt. Kriminalbeamte des 47. Resiers, die auf einem Streifgang durch die Lokale der Beddingengasse waren, erblickten Herrn Junk, der auf einer kleinen Bierreise unterwegs war und nahmen ihn alsbald fest. Da er über ausreichende Geldmittel verfügte, in hat er vermutlich in der Zwischenzeit verschiedene Einbrüche mit Erfolg ausgeführt. Die

# Die Qualen eines Kindes.

## Vom eigenen Vater halbtot geschlagen.

Geschüttelt war es, als gestern vor dem Schöffengericht Mitte unter Vorsitz von Landgerichtsrat Dr. Unger gegen den Helzer Karl Marohn aus der Andreasstraße wegen unehrenhafter Mißhandlung seines achtfährigen Töchterchens verhandelt wurde.

Marohn gilt als ein sehr gewalttätiger Mensch und ist schon wegen schweren Raubes und wiederholt wegen Körperverletzung verurteilt. Die kleine Charlotte Marohn hatte eine Stiefmutter, aber nicht sie quälte das Kind, es war der leibliche Vater. Das Kind war dauernd verschüchtert und verängstigt. Ganz besonders schwer war aber die Mißhandlung durch den Vater, die Charlotte am 9. Februar zu erleiden hatte. Als sich einige Zeit später nämlich das Bobischastrica mit auf eine Anzeige hin einmischte, stellte der Arzt des Waisenhauses fest, daß der ganze Körper des Kindes

### kreuz und quer mit Striemen überzät

war, die auf Mißhandlungen rohester Art hindeuteten. Die Ärztin Dr. med. Hirsch, die dann das Kind näher untersucht hatte, deutete vor Gericht, daß am Körper des Kindes, auf Händen, Beinen und Rücken blutunterlaufene Stellen und Schorf vorhanden waren und außerdem an zwei Stellen flächenartige Blutergüsse. Das Kind war gestern in Begleitung einer Schwester des Erziehungsheims, in dem es sich jetzt befindet, vor Gericht als Zeugin gegen ihren Vater erschienen. Es ist ein zartes hübsches Mädchen, und nach der Schilderung der Schwester unter der Einwirkung liebevoller Behandlung jetzt zutraulich und allgemein beliebt. Bei der Aufnahme war das Kind so verschüchtert, daß es bei jeder Ansprache sofort angstvoll die Hände vor das Gesicht hielt. Am 9. Februar hatte das Kind mit einem anderen Mädchen die Schule geschwänzt und war erst spät nach Hause gekommen. Als der Vater heimkehrte und davon hörte, zog er sich den Rock aus, um besser hauen zu können, und hieb mit einem Stock auf seine Tochter ein; das Kind

wurde dann ins Bett geschickt, aber gleich darauf riß der Vater die Bettdecke herab und schlug nun mit dem Stock auf dem Kopf des Kindes darauflos, wohnt er trotzdem.

Dann packte er das Kind und schleuderte es in das Bett, so daß es mit dem Kopf gegen die Wand schlug.

Auf Befehl des Vaters mußte das Kind, dem vor dem Prügel auch das Hemd heruntergerissen war, zum dritten Male aus dem Bett heraus und wurde, nachdem die mittelbige Stiefmutter ihm noch ein Hemd zugeworfen hatte, in die kalte und finstere Küche eingesperrt. Dort mußte das Kind, nur mit dem Hemd bekleidet, in der Kälte die ganze Nacht in einer Ecke stehen. Als der Vater am Morgen ausgeschlafen hatte, holte er das Kind aus der Küche heraus und prügelte es nochmals in unmenslicher Weise mit dem Stock. Ein Richter, der bei der Mißhandlung zugegen gewesen war, wollte sich einmischen, aber die Ehefrau des Angeklagten rief ihm davon ab, weil es ihm sonst ebenfalls schlecht gehen würde.

Sie selbst hat bei der Polizei die Aussage verweigert, indem sie angab, daß sie dann selbst viel zu leiden haben würde.

Der Angeklagte behauptete zu seiner Verteidigung, daß er mit diesem „Dentzettel“ nur das Beste seines Kindes gemollt habe. Er selbst sei in seiner Jugend in der Fürsorgeerziehung gewesen, wo es ihm sehr schlecht gegangen sei. Daher habe er sein Kind bewahren wollen, durch schlechten Lebenswandel ebenfalls in die Zwangserziehung zu kommen. Staatsanwalt Weisenberg wollte dem Angeklagten mildere Umstände abtun und beantragte nur vier Monate und zwei Wochen (7) Gefängnis. Das Schöffengericht aber fand für derartige rohe Kindermißhandlung keinerlei Milderungsgründe und verurteilte den Angeklagten Marohn zu 1 Jahr 2 Wochen Gefängnis und erließ auch sofort im Gerichtssaal einen Haftbefehl gegen ihn.

beiden Einbrüche in der Reinickendorfer Straße gibt Junk zu. Er wurde nach Roßhüt zurückgebracht. Hahn ist noch verschwunden und wird weiter gesucht.

## Das Hauptverfahren eröffnet!

### Bergmann, Jacoby und Genossen.

Die Entscheidung im Fall Bergmann-Jacoby ist der nach mehrtägiger Beratung beschloß die Große Ferienkammer des Landgerichts I. unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Weigert, das Hauptverfahren in der großen Lombard-Bezirksstraße gegen Bergmann und Genossen zu eröffnen.

Demnach werden folgende zehn Personen unter Anklage gestellt und zur Aburteilung an das Schöffengericht Mitte überwiesen: 1. der Inhaber des Allgemeinen Lombard- und Logarhauses, Paul (früher Solly) Bergmann; 2. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Walter Jacoby; 3. Kaufmann Willi Kraatz; 4. Korrespondent Bruno Wukrow; 5. dessen Ehefrau Charlotte Wukrow; 6. Lagerverwalter Paul Schmidt; 7. Korrespondent Ludwig Ohnstein; 8. Kaufmann und Verdienstofformer Fritz Salinger; 9. der Vertreter einer Teppichfabrik Arthur Lederer; 10. Kaufmann Wilhelm Warschauer. Frau Bergmann wurde außer Verfolgung gesetzt.

Gemäß den Anträgen von Oberstaatsanwalt Binder und Staatsanwaltschaftsrat Dr. Schumacher, dem Bearbeiter der 120 Seiten umfassenden Anklageschrift, werden nunmehr angeklagt: Bergmann wegen gemeinschaftlichen fortgesetzten Betruges, schwerer Urkundenfälschung, Konkursverbrechens und Konkursvergehens, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jacoby, Kraatz, das Ehepaar Wukrow, Schmidt und Ohnstein wegen gemeinschaftlich mit Bergmann begangenen fortgesetzten Betruges, Salinger, der für Bergmann die gefälschten Lombardscheine beschafft hatte, wegen schwerer Urkundenfälschung und die übrigen Angeklagten wegen Beihilfe zum Betruge bzw. Beihilfe zur schweren Urkundenfälschung. Der Angeklagte, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jacoby, hat neben seinen bisherigen Verteidigern, Dr. Binder und Dr. Kee, noch Rechtsanwalt Dr. Max Kissberg zugezogen, auch Bergmann hat sich in Rechtsanwalt Dr. Sander einen zweiten Verteidiger genommen. Das von den übrigen Angeklagten am meisten belastete Ehepaar Wukrow wird von Rechtsanwalt Dr. Frey vereidigt.

Die von der Verteidigung des Staatsanwaltschaftsrats Dr. Jacoby eingeleitete Beschwerde gegen die Fortdauer des Haftbefehls und der Antrag auf Freigabe der für die Haftentlassung gestellten Kaution wurde von der Strafkammer noch nicht erledigt. Beschwerde und Antrag wurden mit dem gesamten Aktenmaterial nach Eröffnung des Hauptverfahrens zunächst an den Generalstaatsanwalt beim Kammergericht zur Stellungnahme überwiesen. Nach erfolgter Entscheidung durch die Strafkammer werden die Akten, die acht Hauptbände und 108 Nebenbände umfassen, sofort dem Vorsitzenden der Sonderabteilung des

Schöffengerichts Mitte, Amtsgerichtsrat Dr. Wartenberger, zugewiesen werden, damit die Hauptverhandlung anberaumt und die Ladung der über 100 Zeugen und Sachverständigen erfolgen kann. Der Beginn dieses großen Strafprozesses, der etwa drei Wochen dauern wird, dürfte am 25. September erfolgen.

## Ein schwerer Junge festgenommen.

### 11 Einbrüche nachgewiesen.

Eine Einzelercheinung unter den Geschäftseinbrechern ist ohne Zweifel der 21 Jahre alte Johann Köpffe, der gestern wieder einmal erwischt wurde. Den streifenden Beamten war in der Pflückerstraße ein Keller aufgefallen, in den sie wiederholt einen mit Paketen beladenen jungen Mann hineingehen und mit leeren Händen wieder herauskommen sahen. Am Montag drangen sie überraschend in den Keller ein und fanden den jungen Mann, den Johann Köpffe, der mit seiner Frau eilig beim Sortieren aller möglichen Gegenstände war.

Die Durchsuchung des Kellers förderte eine Unmenge Diebesgut zutage. Seide in Ballen, Lederwaren aller Art, Bijouteriegegenstände und anderes mehr. Köpffe, der festgenommen und nach dem Polizeipräsidium gebracht wurde, erklärte sich ohne weiteres dem Kriminalpolizei „die Arbeit zu erleichtern“ und gab bereitwillig die Adressen der Geschäfte an, aus denen die beschlagnahmten Sachen stammten. So konnten ihm nicht weniger als 11 schwere Einbrüche u. a. in der Brunnen-, in der Tüftler- und in der Cöpenicker Straße nachgewiesen werden. Ueberall hatte er für mehrere Tausend Mark Beute gemacht, so daß ihm Werte von etwa 35000 M. in die Hände gefallen waren. Auch in bezug auf seine Arbeitsweise ist Köpffe ein Original. In mehreren Fällen schien es bei der Besichtigung des Tatortes, daß mindestens 3 Mann dagewesen sein müßten. Köpffe hat jetzt aber erklärt, daß er nur zweimal von Helfershelfern begleitet war, alle anderen Einbrüche, auch die schwersten, verübte er ganz allein.

Ein besonders tolles Stück leistete er sich in einer Seidenhandlung in der Tüftler Straße. Dort hatte man die Klapptür am Keller vernagelt und auf die Klappe einen schweren Schrank gestellt. Auf diesen Schrank stand außerdem ein bis zum Rande mit Wasser gefüllter großer Topf. Mit großer Mühe und Sorgfalt brachte Köpffe es fertig, die Klapptür aufzuschneiden und durch die enge Öffnung in den Boden zu schlüpfen, ohne daß der Schrank umfiel, oder daß nur ein Tropfen Wasser verschüttet wurde. Auch in anderer Beziehung war Köpffe ein wahrer Glücksfall. Er hatte einen Fehler gefunden, der, wie er sagt, „seiner ansässigen“ war und ihm je nach der „Marktlage“ für die gestohlenen Sachen ein Drittel bis ein Viertel des Wertes bar auszahlte. Den Namen des Fehlers will Köpffe nicht kennen.

Bei der Entlassung des Köpffe in das Polizeigefängnis gab es noch einen heiteren Zwischenfall. Der Wärter dort sah den jungen Mann groß an und behauptete dann, ihn bei dem Einbruch in der Brunnenstraße gesehen zu haben. „Stimmt“, gab Köpffe gemächlich zu, „deswegen bin ich ja auch hier!“ Köpffe ist trotz seiner jungen Jahre ein gewiegter Einbrecher. Auf seine äußere Erscheinung legt er großen Wert und bestreift sich auch eines gebildeten Deutsch.

Die Arbeiterwohlfahrt, Heft 15, 1928, bringt die Fortsetzung des Artikels von Stadtrat Binder „Mehr Planmäßigkeit in der Fürsorgeerziehung“ aus dem Heft Nr. 14, 1928, außerdem einen Abdruck von Senator Paul Reumann „Aufbau und Leistungen der staatlichen Wohlfahrtspflege in Hamburg“. In dem Abschnitt Landesgesetze und Einrichtungen findet sich ein Auszug aus den Bestimmungen betr. Einstellung von weiblichen Kriminalbeamten, eine Abhandlung über „Die gesundheitlichen Verhältnisse der jüdischen Bevölkerung“. In der Umschau wird die Uebergangsregelung in der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsunterstützung besprochen, weiterhin „die Erweiterung des Reiches der Unfallversicherter, Renten-Reformen, Ernährungsunterstützung. Der Abschnitt aus der Arbeiterwohlfahrt bringt einen Hinweis auf die neue Bobischastrische der Arbeiterwohlfahrt, Tagungen usw. Eine Bücherchau und Zeitungsübersicht folgen.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortsverein Lempelhof, veranstaltet am Sonntag, dem 12. August, nachmittags, in den Gesamträumen des Seebades Mariendorf eine große Verlosungsfeier, verbunden mit Gartenkonzert und Feuerwerk. Die Festrede hat Landtagsabgeordneter Erich Kültner übernommen. Es finden außerdem zwei Plankonzerte statt. 12 Uhr: Marktplatz, Mariendorf; 12.45 Uhr: Dorfstraße, Lempelhof.

Die elegante Dams und der gepflegte Herr gebrauchen **Picavon**

# Funkwinkel.

Vor einigen Jahren stand Heinrich Heine auf dem Abendprogramm. Damals durchdrante Körners herrliches Organ die Räume. Jetzt spricht Franz Koloff. Uebrigens könnte Heine öfters die Stagnation, die Gleichförmigkeit der Berliner Programme durchbrechen. Aber Heine ist nicht nur der lyrische Dichter, der seinen zarten Gedichten, seinen schmelzenden Romanen eine willige Pointe anhängte, er ist für uns mehr als der Weisheitslehrer mit der Byronischen Locke, er ist der große Ankläger, der geniale, unübertroffene Pamphletist, der schneidend witzige, politische Dichter. Für uns bedeutet der Heinrich Heine, den Ludwig Hardt mit wunderbarer Einfühlungsgabe interpretiert, weit mehr als der Verfallener des „Buchs der Lieder“ und des „Ramaneros“. Von diesem Heine ist wenig bei der Veranstaltung der Funkwunde zu merken. Berlin beschränkt sich auf den Heine mit Goldschnitt als geeignetes Konfirmationsgeschenk. Dieser Heine vertritt nun aber kaum einen Vortrag, der die nötige Schärfe für politische Pamphlets aufbringt. Franz Koloff übersteht, daß der Rhythmus und nicht die dramatische Konzentration in den kleinen Dingen aus dem „Buch der Lieder“ entspringt. Sie zerstreut stellenweise den Rhythmus, verleiht den Gedichten eine Schärfe, die ihnen fremd ist. Als Liebeslänger von Format und Stilgefühl erweist sich von neuem Cornelius Bronsgeest in dem Schumannschen „Dichterbuch“. Schade, daß die Stimme an Schmelz und Biegbarkeit verloren hat. — Was Margarete Coemmerer in ihrem Vortrag „Die Frau als Kulturträgerin“ fordert, nämlich einen seelischen Ausgleich zu der Herrschaft geistiger Mäxten, also Erleuchtung der Seele, Bildung und Durchdringung des Geistes, ist nicht neu. Eigenartig bleibt es, daß sie diese Renaissance des Geistes allein von der Frau aus erwartet. Nun, jeder soll seinen Glauben behalten. Bei der kurzen Pause, die sie die weiblichen Berufe passieren läßt, gerät sie unrettbar in holdseligen Gärtenlaubenschmuck. S. 6.





## Die verlassene Braut.

Von H. G. Wells.

Während ich in meinem Arbeitszimmer schreibe, höre ich, wie Jane unten mit Bürste und Staubwedel herumputzt. Früher pflegte sie geistliche Lieder, abwechselnd mit der britischen Nationalhymne, zur Begleitung dieser Instrumente zu singen, aber in der letzten Zeit war sie sehr schweigsam und nur auf ihre Arbeit bedacht. Ich muß gestehen, daß ich mich heimlich freuen würde, wenn Jane wieder das Daisy-Lied säuge, oder ein kaputtgegangener Teller mir anzeigen würde, daß die Zeit der Schwermut vorbei ist.

Und doch, wie froh waren wir, nichts mehr von Janes jungem Mann zu hören, als wir nichts mehr von ihm hörten. Jane war immer sehr offen in ihren Unterredungen mit meiner Frau und besprach in der Küche eine ganze Reihe von Themen mit größter Berechnung. Aber nachdem William auf der Bildfläche erschienen war, ließ es immer William, nichts als William! William hier und William da! Und als wir dachten, daß William schon erschöpft und erledigt sei, tauchte er immer und immer wieder auf. Die Verlobung dauerte nämlich drei Tage.

„Er ist ein so anständiger junger Mann, gnä' Frau,“ meinte Jane. „Sie wissen gar nicht... Er ist zweiter Portier in dem Ladengeschäft von Wagnard,“ sagte Jane, „und bekommt 18 Schilling, fast ein Pfund in der Woche. Sein Vater war ein Gemüsehändler, gnä' Frau, und hat zweimal Bankrott gemacht. Und eine seiner Schwestern ist im Spital. Er ist eine sehr gute Partie für mich, wo ich doch so 'ne arme Witwe bin.“

„Sind Sie denn mit ihm verlobt?“ fragte meine Frau.  
„Nichtig verlobt, nein! Aber er spart Geld, um einen Ring zu kaufen — Ammalist!“

Und bald wurde auch der Amethystring im Haus herumgetragen, sogar in einer etwas ostentativen Art, und Jane gewöhnte sich an, den Straten auf eine ganz neue Weise hereinzubringen, damit der Ring auch richtig zur Geltung kam.

Janes Schatz erschien mir als das, was man in besseren Kreisen einen anständigen jungen Mann nennt. „Ja, gnä' Frau,“ sagte Jane eines Tages mit schlecht verhehlter Selbstzufriedenheit, während sie die Bierflaschen abjählte, „William ist Ammalisthändler. Ja, gnä' Frau, und er raucht auch nicht. Das Rauchen, gnä' Frau,“ meinte sie weiter, im Ton eines Gedankenlesers, „macht soviel Staub. Und es ist so schade ums Geld. Und der Geruch dazu. Mancher hat es vielleicht nötig.“

William war zuerst ein etwas schäbiger junger Mann mit einem schwarzen Anzug von der Stange. Er hatte wassergraue Augen und einen Teint, wie er sich für jemand schickt, dessen Schwester im Spital liegt. Agatha, meine Frau, hielt nicht viel von ihm, selbst anfangs nicht. Sein ungeheurer Anstand wurde noch durch einen Alpkackschirm verbürgt, von dem er sich nie trennte.

„Er gehört zur Reformgemeinde,“ sagte Jane.  
Bald hörten wir, daß der erste Portier bei Wagnard entlassen und William als erster Portier mit 23 Schilling in der Woche angestellt worden war, und nach diesem Aufstieg schien Janes junger Mann in lauter Wohlstand zu schwimmen.

„Welst du, Lieber,“ meinte Agatha eines Tages, „Jane sagte etwas, was mir nicht gefiel. Sie schwieg erst eine Weile, dann bemerkte sie auf einmal: „William ist wohl was Besseres als ich, gnä' Frau, nicht?“

„Ich sehe nichts darin,“ erwiderte ich; aber später wurden mir die Augen geöffnet.

Eines Sonntags nachmittags um dieselbe Zeit sah ich an meinem Schreibtisch, als ein Schatten am Fenster vorbeistrich. Ich hörte einen unbedruckten Aufschrei hinter mir und sah, wie Agatha mit geweinten Augen die Hände zusammenschlug. „George,“ flüsterte sie ahnungslos, „hast du's gesehen?“

Dann sagten wir es beide im Chor, langsam und feierlich: „Ein Zylinder — gelbe Handschuhe — ein neuer Schirm!“

„Wieleicht scheint es mir nur so,“ meinte Agatha, „aber seine Krawatte war fast genau wie deine. Ich glaube, daß Jane ihn mit Krawatten versorgt. Sie sagte mir vor einer Weile in einem Ton, der Bände sprach: „Die Krawatten, die der gnä' Herr trägt, sind hübsch!“ und nun macht er dir's nach.“

Das junge Paar kam an unserem Fenster vorbei. Es war Janes freier Tag. Sie gingen Arm in Arm. Jane sah unerbötlich stolz, glücklich und unbehaglich mit ihren neuen weißen Baumwollhandschuhen aus, und William höchst vornehm in seinem Zylinder.

Das war der Gipfelpunkt von Janes Glück. Als sie zurückkehrte, erzählte sie uns: „Herr Wagnard hat mit William gesprochen. Er soll beim nächsten Ausverkauf die Kunden bedienen, genau wie die jungen Herren im Geschäft. Wenn er's gut macht, wird er ihn bei der nächsten Gelegenheit als Hilfskommissar einstellen. Er muß sich so elegant wie möglich benehmen; und wenn's nicht gelingt, dann liegt's nicht daran, daß er sich keine Mühe gibt. Herr Wagnard hat einen Narren an ihm getroffen.“

Am nächsten Sonntag, als ich meinen Tee trank, fragte ich meine Frau: „Worum ist dieser Sonntag anders als die anderen Sonntage, keine Frau? Was ist geschehen? Hast du die Vorhänge geändert, die Möbel umgestellt, oder was macht diesen undefinierbaren Unterschied aus?“

Darauf erwiderte mir meine Frau in ihrem traurigsten Tone: „George, dieser — dieser William hat sich heute hier nicht blicken lassen, und Jane meint sich oben die Augen aus.“

Tiefes Schweigen folgte. Jane hatte, wie ich schon erwähnte, aufgehört, im Hause zu singen, und begann unseren zerbrechlichen Besitz sorgfältig zu behandeln, was meiner Frau als ein sehr trauriges Symptom auffiel. Am nächsten Sonntag und am übernächsten bat Jane um ihren Ausgang. Jedesmal lehrte Jane sehr rüch und sehr entschlossen aussehend zurück. Eines Tages wurde sie schließlich mitleidlos.

„William wird verführt,“ bemerkte sie plötzlich im selben Atem, als sie von Tischstüchern sprach. „Ja, gnä' Frau, sie ist eine Modistin und kann auf dem Klavier spielen.“

„Ich dachte, Sie gingen am Sonntag mit ihm?“

„Nicht mit ihm, gnä' Frau, hinter ihm. Ich ging hinter ihnen her und sagte ihr, daß er mit mir verlobt ist.“

„Wirklich, haben Sie das getan? Was sagten denn die anderen darauf?“

„Sie machten so, als wär' ich Lust für sie. Und da hab' ich ihr gesagt, daß es ihr übel bekommen wird.“

Es war an einem Feiertag im August, als die Krise zum Ausbruch kam. Jane kam nach Hause, staubig, erregt, und ihr Herz war in Aufruhr.

Die Modistin, ihre Mutter und William hatten einen Ausflug gemacht. Jedenfalls gelang es Jane, sie ruhig, aber entschlossen auf der Straße anzusprechen, um ihre Rechte geltend zu machen. Sie ging, glaube ich soweit, daß sie handgreiflich wurde. Sie behandelte sie in einer perfidesternd überlegenen Weise. William wurde von seiner Zukünftigen und deren Mutter aus den zögernden Händen unserer verschmähten Jane in das Gefährt hineingezerrt. Man drohte sogar, sie anzuzeigen.

Darauf erholte sich unser Haus eine Zeit von William. Aber es lag etwas in der Art, wie Jane die Hausschwelle scheuerte oder die Zimmer fezte, eine gewisse verhaltene Wut, die mich überzeugte, daß die Geschichte noch nicht zu Ende war.

„Kann ich morgen meinen Ausgang haben, gnä' Frau,“ fragte Jane eines Tages, „ich möchte zu einer Hochzeit!“

Meine Frau wußte instinktiv, zu welcher Hochzeit. „Halten Sie es für klug, Jane?“ fragte sie.

„Ich möchte ihn zum letzten Male sehen.“

„Liebster, höre mal!“ Meine Frau stürzte herein, ungefähr 20 Minuten, nachdem Jane das Haus verlassen hatte. „Jane ist auf dem Boden gewesen, hat alle alten Schuhe in eine Tische getan und ist so zur Hochzeit gegangen. Sie wird doch nicht...?“

„Jane entwickelt Charakter. Laß' uns das Beste hoffen.“

Jane kam mit blankem, hartem Gesicht zurück. Alle Schuhe schienen noch in ihrem Sack zu sein, was meine Frau mit einem verführten Seufzer der Erleichterung begrüßte. Wir hörten, wie sie nach oben ging und die Schuhe mit besonderem Nachdruck wieder hinstellte.

„Es waren fürchtbar viel Menschen bei der Hochzeit, gnä' Frau,“ erzählte sie in reinstem Gesprächston, als sie in der Küche Kartoffel schälte, „und sie hatten so schönes Wetter.“

## Erfinderaufgaben.

Es gibt kein „Niemals!“

Es gibt tatsächlich nichts in der Welt, was unmöglich, unausführbar wäre, und man sollte sich deshalb hüten, irgendein auf-tauchendes Problem als unausführbar zu bezeichnen.

Erinnern wir uns an einige technische Aufgaben, die von den Zeitgenossen als undurchführbar erklärt wurden. So fand der Plan des französischen Ingenieurs Eiffel, einen 300 Meter hohen eisernen Turm zu bauen, in den Hochkreisen fast einheitliches Kopfschütteln. Unmöglich, undenkbar, unausführbar, völlig ausgeschlossen und dergleichen mehr fanden anerkannte Kapazitäten diese „Ausgeburt einer überhitzten Technikphantasie“, indes strebte die gewaltige Eisenkonstruktion auf dem Marsfelde an der Seine in die Höhe.

Eine ähnliche Beurteilung vor der Ausführung fand der Plan des deutschen Ingenieurs Rignebach aus Olen, eine Zahnradbahn bis zur Spitze des Rigi hinaufzuführen. Man erklärte den Mann glattweg für irrsinnig und sein Projekt ein „Attentat auf den gesunden Menschenverstand“.

Im Jahre 1835 tauchte in Deutschland und in Frankreich der Plan auf, eine Eisenbahnverbindung nach englischen Vorschlägen zu bauen. Darob bei den Fachgelehrten aller Fakultäten große Enttäuschung und selbstverständliche Ablehnung dieses „wahnwitzigen“ Vorhabens. Der französische Staatsmann Thiers tat das Eisenbahnprojekt kurzweg mit den Worten „englische Rarheit“ ab. Das banale Medizinalkollegium wies in der Denkschrift nach, daß der menschliche Organismus unmöglich die Geschwindigkeit der Eisenbahn aushalten könne, erhebliche Störungen im Nervensystem seien die selbstverständliche Folge für jeden Eisenbahnfahrer, und die preussische Verkehrsbehörde erklärte amtlich, daß die geplante Eisenbahnstrecke von Berlin nach Potsdam sich niemals rentieren könne; sie sei völlig unwirtschaftlich und die Kosten wegweggerichtetes Geld. Heute baut sich unser ganzes Wirtschaftsleben auf dem Eisenbahnverkehr auf.

Und damit das heitere Element nicht fehlt, so sei folgende liebliche Episode hier angeführt: Als Edison den Phonographen erfinden hatte, schickte er eine solche Sprechmaschine durch einen Vertreter nach Paris. Am 11. März 1878 führte der berühmte Physiker Du Roucel diesen Phonographen vor Pariser Gelehrten vor. Zunächst begann er eine theoretische Erklärung, die wohl ruhig, aber mit Kopfschütteln entgegengenommen wurde; als er aber den Apparat in Tätigkeit setzte und dieser begann: „Guten Tag, meine Herren, kennen Sie mich, ich bin Edisons Phonograph“, da gab es einen Sturm der Entrüstung. „Schwindel“, „Lachenspielererei“ und ähnliche Schmährufe wurden laut und der Professor Bouillaud stürzte vor Zorn dem Professor Du Roucel an die Gurgel und schrie laut: „Sie Schuft, glauben Sie, wir lassen uns von einem Bauhandwerker zum besten halten?“

Napoleon I. erklärte die Urheber des Dampfschiffes, Papin, Fulton und Andere, für verrückt. Ähnliche Widerstände fand Benjamin Franklin mit seiner Idee, den Blitz unschädlich abzuleiten. „Unmöglich,“ schrien die Gelehrten der königlichen Akademie zu London.

Eine Flugmaschine, die schwerer als die Luft sei, war nach der Meinung von so hervorragenden Fachleuten wie Helmholtz, von Siemens und Gan-Luffac eine Unmöglichkeit. Unmöglich war es auch nach dem berühmten Physiker Jacques Valmet, ein Telegraphentabel zwischen Europa und Amerika zu legen. Unmöglich war nach dem physikalischen Gutachter Beggendorf die Erfindung des Telefons durch den Lehrer Philipp Reis. Unmöglich war das Bauen einer Lokomotive durch Stephenson. Ganz ausgeschlossen und unmöglich erschien damaligen Gelehrten das Zerhacken einer Batterie oder die Zerlegung eines Infusorienlebens. Unmöglich war Zepplens Flugzeug. Kurz und gut, es gab wohl keine technische Errungenschaft und wird auch keine geben, die nicht anfangs von allen möglichen Seiten als undurchführbar und unmöglich erklärt wurde und wird.

Nun gibt es aber, wie schon eingangs gesagt, tatsächlich noch viele Erfinderaufgaben, die bisher noch nicht gelöst werden konnten, obwohl sich sehr viele anerkannte Fachleute damit beschäftigt haben. Einige dieser Aufgaben sollen nun näher betrachtet werden.

Ungeklärt ist bisher die Aufgabe, die großen Mengen der Luft, elektrizität der Menschheit dienstbar zu machen. Die Verhütung eines

Es war alles sehr anständig und elegant, aber ihr Vater hatte keinen schwarzen Anzug und sah aus, als ob er nicht dazu gehörte. Herr Biddingquirt. . . .

„Wer?“

„Herr Biddingquirt — William nämlich — hatte weiße Handschuhe, einen Anzug wie ein Pfarrer, und eine herrliche Krümmung im Knopfstod. Er sah so hübsch aus, gnä' Frau! Und ein roter Teppich war da, genau wie bei meinen Herrschaften, und die Leute erzählten, daß er dem Diener vier Schilling gegeben hätte. Sie hatten einen richtigen Wagen — und keine Droschke. Als sie aus der Kirche herauskamen, wurden sie mit Reis beworfen, und ihre beiden kleinen Schwestern streuten künstliche Blumen. Jemand warf einen Hausschuh, wie's der Brauch ist — und ich schmiß einen Stiefel.“

„Einen Stiefel, Jane?“

„Ja, gnä' Frau! Ich zielte nach ihr, aber es traf ihn. Er wird ein blaues Auge haben. Ich hab' nur einmal gemorien. Ich hatte nicht das Herz, es nochmals zu tun. Und die kleinen Jungen freuten sich vor Freude, als ich ihn traf.“

Nach einer Pause: „Es tut mir leid, daß der Stiefel ihn traf.“

Wieder eine Pause. Die Kartoffeln wurden müden geschält. „Er war immer etwas Besseres als ich, gnä' Frau, und dann wurde er verführt.“

Die Kartoffeln waren mehr als fertig. Jane stand plötzlich auf und schüttelte die Schüssel auf den Tisch aus.

„Wir kann es ja gleich sein,“ sagte sie, „mir liegt nichts an ihm. Er wird schon seinen Fehler merken. Es geschieht mir recht. Ich war so in ihn vernarrt. Ich hätte nicht so hoch heraus sollen, und ich bin froh, daß alles so kam.“

„O, gnä' Frau,“ sagte sie mit plötzlich umschlagender Stimme, „denken Sie sich, wie es alles hätte kommen können. Ich hätte so glücklich werden können. Ich hätte's ja wissen sollen, aber ich wußte es halt nicht. . . . Gnä' Frau sind so gut zu mir, daß Sie sich alles erzählen lassen, denn es ist so schwer für mich, so schwer. . . .“

Der letzte Rest verlässliche sich vor einigen Tagen mit dem Schächtergefell — aber das gehört kaum hierher. Jane ist jedoch noch jung, und die Zeit wird schon ihre Arbeit bei ihr vollbringen. Wir alle haben unseren Kummer, aber ich glaube nicht an Kummer, der nie heilt.

(Übersetzung aus dem Englischen von A. Bölenin.)

Hamburger Ingenieure, Elektrizität aus den Wolken mit Hilfe einer Anzahl Balloneis zu ziehen, ergaben kein positives Resultat.

Vielfach hat man sich damit beschäftigt, die gewaltigen Energiemengen, die bei der Ebbe und Flut an der Meeresküste entstehen, nutzbar zu machen. Auch hier ist man bisher zu keinem brauchbaren Ergebnis gekommen.

Das gleiche läßt sich sagen von der Ausnutzung der Erdwärme. Dieses scheiterte vor allem daran, daß man sehr große Erdtiefen erreichen muß, um brauchbare Wärmegrade zu erzielen, und die hierzu notwendigen Bohrtiefen von 5000 und mehreren Metern sind heute noch nicht möglich.

Das Mittel oder Verfahren, um die giftigen und die Luft verpestenden Gase, die bei einem Schmelzhüttenwerk entstehen, unschädlich zu machen oder zu verwerten, ist ebenfalls noch nicht erfunden.

Das gleiche gilt für ein Verfahren, um den Stickstoff aus dem Eisen vollständig zu entfernen.

Der Erfinder der Notenschreibmaschine läßt ebenso auf sich warten, wie der Mann, der eine Buchschreibmaschine konstruiert, mit deren Hilfe also die Eintragungen in Geschäftsbücher und dergleichen mechanisch vorgenommen werden können.

Es fehlt noch eine Maschine, die Straßen automatisch pflastert, ferner eine solche, die Asphaltpflaster aufreißt und herstellt und eine Einrichtung, mit deren Hilfe es möglich ist, große Schneemassen von den Straßen und dergleichen zum Schmelzen zu bringen.

Wir könnten auch ein unzerbrechliches Glas, ein biegsames Glas, ein hitzebeständiges Glas gebrauchen. Künstliche Diamanten und Perlen aus Glasmasse von der Härte und dem Glanz der natürlichen lassen auch noch auf sich warten.

Die Rumbarmachung der Sonnenstrahlen hat zu vielfachen Versuchen und Konstruktionen geführt. Bisher ist es jedoch nicht möglich gewesen, diese kolossalen Energiemengen, die in den Wärme-strahlen der Sonne gebunden sind, nutzbringend zu verwerten.

In der Chemie harren noch viele Aufgaben ihrer Lösung, so zum Beispiel wird ein Kontaktverfahren zur Herstellung von Schwefelsäure gesucht. Ferner die Herstellung einer schwefelhaltigen Hydrozellsäure oder die Wiedergewinnung von Chromsäure aus Chromoxydflösungen auf elektrolytischem Wege, desgleichen die Rumbarmachung der beim Erhitzen von Chlorkalzium mit natürlichen Silikaten sich ergebenden Rückstände. Es fehlt ferner die elektrolytische Gewinnung von Zink und ein Verfahren, um unwirksam gewordene Platinkontaktskatten zu reaktivieren. Ein Mittel zum Halbarmachen von festen Hydrozellsäuren wird ebenfalls gesucht.

Viele Erfindungen zur Unfallverhütung in Gewerbe und Industrie, Feuerlöschanlagen und Einrichtungen, Verhinderungen von Verkehrsunfällen aller Art und Einbruch- und Diebstahlschutz sind ebenfalls noch zu machen oder zu verbessern. Alfred Nau.

### Der älteste Baum der Welt.

Auf dem Friedhof der Stadt Santa Maria del Tuel in Südamerika steht eine Zypresse, deren Alter man auf 5000 bis 6000 Jahre schätzt. Dieser ehrwürdige Restor der Pflanzenwelt wächst und blüht heute noch wie vor fünfzig Jahrhunderten. Es ist unzweifelhaft der älteste lebende Organismus auf Erden. Wenn dieser Baum sprechen könnte, so hätte er wohl der Welt die jenseitigen Geschichten zu erzählen. Er könnte unerschöpfbare Berichte aus der frühesten Geschichte Mexikos und von Blüte und Zerfall der Monarchien im tropischen Amerika liefern. Als der Baum etwa im Jahre 3000 v. Chr. aus der Erde heraufsprang, regierte König Menes in Ägypten. Als Cheops seine Sklaven mit der Peitsche zur Arbeit an der großen Pyramide trieb, war der Baum ein Jüngling von zweihundert Jahren. Und als die Juden ihre erste Wanderung aus dem Tal des Riss unternahmen, war er ersten 1500 Jahre alt. Als man den Baum zum letztenmal maß, hatte der Stamm in 1,20 Meter Höhe über dem Boden einen Umfang von 40 Metern. Die Riesenzypresse ist von Alexander von Humboldt entdeckt worden, der an dem Stamm eine Gedenktafel anbringen ließ. Das war vor hundert Jahren. Die Tafel ist aber jetzt fast vollständig von der Rinde überwachsen, ein Beweis, daß der Stamm noch in voller Kraft steht.

# Filmtheater unter der Truffnute.

## Die nationalen Filmkontingente. — Amerikanische Auswüchse.

Die 52 000 Filmtheater der Welt haben Sitzplätze für 20 Millionen Menschen. Diese Ziffern vermögen einen schwachen Begriff über die Wirkungsmöglichkeiten dieser modernen Kunstform zu geben, die für die neuzeitliche Zivilisation unentbehrlich geworden ist. Der Film ist zu einer Kulturmacht geworden, in gutem und in schlechtem Sinne. Er kann als Kunst und als Belehrung eine wertvolle Bereicherung des Lebens bedeuten. Nun ist aber das heutige Kino ein gewaltiges Geschäft des Privatkapitals, das sein Publikum nur allzu häufig durch die Spekulation auf die niedrigsten Instinkte und die billige Sensationslust der Massen zu befriedigen sucht. Wie immer es auch sein mag, das Kino ist sowohl als Kulturgut wie auch häufig als Ausdruck einer Kultur zu einem unentbehrlichen Bedarfsartikel geworden. Die Kinofreudigkeit des Publikums ist freilich sehr verschieden. Am größten ist sie in den Vereinigten Staaten, deren Bevölkerung zwar nur ein Viertel der europäischen ausmacht, trotzdem aber mehr Filmtheater besitzt als ganz Europa. Die Vereinigten Staaten haben etwa 26 000 Kinotheater mit 10 Millionen Sitzplätzen. Die Einnahmen der amerikanischen Filmtheater betragen jährlich 750 Millionen Dollar. Außerordentlich stark ist auch der Kinobesuch in England und in Frankreich. Frankreich hat 4000 Lichtspielhäuser mit 2 Millionen Sitzplätzen, darunter 900 Großkinos mit über 750 Plätzen. Deutschland hat bei einer um 20 Millionen größeren Bevölkerung ebenfalls 4000 Lichtspieltheater, doch nur 300 Großkinos.

### Die Filmproduktion der Welt.

Filmproduktion und Filmverbrauch haben sich in den verschiedenen Ländern nicht gleichmäßig entwickelt. In der Filmproduktion haben die Vereinigten Staaten einen erdrückenden Vorsprung. In der Filmproduktion der Welt ist ein Kapital von 2,5 bis 3 Milliarden Dollar angelegt. Davon entfallen 2 Milliarden allein auf die Vereinigten Staaten. Neben den Vereinigten Staaten werden Filme allein in Deutschland in großem Umfange hergestellt, doch bleibt die deutsche Produktion hinter der der Vereinigten Staaten stark zurück. Im Jahre 1927 wurden in den Vereinigten Staaten 2000 Filme hergestellt, in Deutschland 241, in Frankreich 74, in England 44, in Polen 17. Außerdem ist noch eine größere Produktion in Italien, Japan, in den skandinavischen Ländern und in Sowjetrußland vorhanden. Die russische und die skandinavische Produktion steht künstlerisch auf einem hohen Niveau, doch ist sie mengenmäßig noch unbedeutend. Dementsprechend gestaltet sich auch die Lage des Weltmarktes mit Filmen. Auch hier haben die Vereinigten Staaten einen gewaltigen Vorsprung.

Amerikanische Filme überschwemmen die ganze Welt. Die Hälfte der ungeheuren Ausfuhr von Spielfilmen, die der amerikanischen Filmindustrie einen Jahresertrag von 60 bis 80 Millionen Dollar, etwa ein Drittel ihres gesamten Ertrages, sichern, geht nach England. Frankreich deckt nur etwa 10 Proz. seines Filmbedarfs aus eigener Produktion, der Rest wird zum großen Teil von Amerika eingeführt. Die Eigenproduktion der deutschen Filmindustrie hat im Jahre 1927 41 Proz. des Inlandsbedarfs gedeckt, der Rest wird ebenfalls überwiegend aus Amerika gedeckt. Südamerika wie der ferne Osten werden zu 90 Proz. mit amerikanischen Filmen beliefert. Obwohl die Herstellungskosten der amerikanischen Filme sehr groß sind — durchschnittlich 1 Million Mark —, können sie dank des gewaltigen Inlandsabzuges zu niedrigen Preisen im Ausland verkauft werden. Aus diesem Grunde kann die Filmproduktion anderer Länder den Konkurrenzkampf mit Amerika nur sehr schwer aufnehmen.

### Schutz der nationalen Filmproduktion.

Wenn schon die europäischen Filmindustrien den Konkurrenzkampf gegen Amerika auf dem Weltmarkt nicht aufnehmen können, so versuchen die Länder, in denen eine Filmproduktion besteht oder entstehen soll, ihren Inlandmarkt zu schützen. Schutzzölle kommen nicht in Frage, weil es sich hier nicht um gewöhnliche Wareneinfuhr handelt, sondern um die Uebertragung des Vorführungsrechts. Deshalb haben eine Anzahl von Ländern die Vorführung von Auslandsfilmen von besonderen Bewilligungen abhängig gemacht, und zwar wurde die Zahl der Filme, deren Einfuhr gestattet ist (Kontingent), zu der Inlandsproduktion in Beziehung gebracht. So ist für Deutschland ein Kontingent 1:1 eingeführt, d. h. bei langen Spielfilmen darf die Einfuhr die Inlandsproduktion nicht übersteigen. Das englische Filmgesetz von 1927 verpflichtet die Filmverleiher und Theaterbesitzer, 7½ Proz. der Filme der inländischen Produktion zu zeigen, jährlich steigend um 2½ Proz., bis 25 Proz. der Filme, die von englischer Produktion bestritten werden. Auf Grund dieses Gesetzes müßten im Jahre 1928 52 englische Filme an die Stelle der ausländischen treten. Infolge dieses Gesetzes entstanden neben den beiden Großkonzernen Gaumont-British und Provincial-Cinematograph Theatres elf neue Filmgesellschaften mit einem Aktienkapital von 50 Millionen Mark. Vor kurzem wurde auch in Frankreich ein Filmgesetz auf Anregung von Herriot angenommen, das ein Kontingent von 1:7 für die Auslandsfilme festsetzt. Außerdem wurden Gesetze in Desterreich, Ungarn und Italien zu dem Schutz der inländischen Filmproduktion geschaffen.

## Entlassungen an der Ruhr.

### Arbeiterbedarf der Landwirtschaft und des Baugewerbes.

Nach den Berichten der Landesarbeitsämter ist die Verschlechterung in Rheinland und Westfalen fortgeschritten; immerhin wirkte sich sowohl im Westen wie ganz besonders in den vorwiegend landwirtschaftlichen Bezirken die konjunkturelle Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt noch nicht aus, sondern wurde durch den starken Bedarf an Arbeitskräften für Erntearbeiten und für das Baugewerbe mehr als ausgeglichen. Insgesamt ist daher noch eine weitere Entlastung des Arbeitsmarktes zu erwarten.

Am Bergbau ist die Lage nach wie vor örtlich verschieden; im Ruhrbergbau hat sich die Arbeitsmarktlage weiter verschlechtert. In den Zechen, die der Vereinigten Stahlwerke A.-G. angehören, kamen in der Berichtswochen insgesamt 1400 Bergarbeiter und 25 Angestellte zur Entlassung. Außer diesen Entlassungen sind zum 15. August weitere umfangreiche Kündigungen erfolgt, so daß für die Zukunft mit einer verstärkten Belastung des bergbaulichen Arbeitsmarktes gerechnet werden muß. Im mitteldeutschen Braunkohlenbau ist die Lage unverändert günstig. Die niedersächsische Kallindustrie war weiter aufnahmefähig bei teilweisem Mangel an jüngeren Förderleuten.

Auch in der schlesischen und sächsischen Maschinenindustrie deuten Stilllegungen und Einfuhrung von Kurzarbeit auf eine Verschlechterung der Konjunktur hin. Gut beschäftigt sind dagegen noch die landwirtschaftlichen Maschinenbetriebe. Auch die Meldungen aus der Elektroindustrie, der chemischen und optischen Industrie lauten durchaus gün-

Die im Juni abgehaltene internationale Konferenz in Genf, welche vom Völkerbund für die Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote einberufen wurde, beschäftigte sich eingehend mit der erwähnten Gegenstand. Der Vertreter der Vereinigten Staaten protestierte gegen jene Einschränkungen der Filmeinfuhr, die zu der geplanten Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote in Widerspruch stünde. Der französische Vertreter betonte aber die Berechtigung der Sonderbehandlung der Filme, die nicht als gewöhnliche Waren, sondern als wichtige Instrumente der nationalen Kultur angesehen werden müßten. Der deutsche Vertreter hat sich diesem Standpunkt angeschlossen. Deshalb muß man bezweifeln, daß die für 1929 in Deutschland geplante Abschaffung des Kontingentsystems durchgeführt werden wird. Ohne Zweifel spielen auf dieser Konferenz geschäftliche Gesichtspunkte eine ausschlaggebende Rolle.

### Die Vertiefung des Theaterbesuches.

Daß die Filmproduktion in allen Ländern in großem Umfang vertieft ist, darf als bekannt vorausgesetzt werden. Die hohen Kosten der Filmproduktion und das große Risiko des Geschäftes erzwingen den Großbetrieb, zumal die benötigten Riesenkapitalien nur von kreditfähigen Großunternehmungen aufgebracht werden können. Ein starker Anreiz zur Vertiefung der Filmindustrie kam von den Herstellern des Kofffilms, die sich an der Filmherzeugung häufig kapitalmäßig beteiligten.

Nun kommt erst der Theaterbesuch den Produzenten den Abzug sichern. Deshalb gingen die großen Produktionsgesellschaften dazu über, Filmtheater zu gründen oder bestehende aufzukaufen. In den Vereinigten Staaten wandten die Konzernbrutale Gemaltmethoden für die Vernichtung der kleinen Theaterbesitzer an. Der größte Filmkonzern der Welt, Paramount-Namoun-Basth, mit einem Kapital von 152 Millionen Dollar und mit einem Besitz von 400 Theatern, wurde im vergangenen Jahre gerichtlich verurteilt, weil sie den kleinen Theaterbesitzern die Filme mit einem Ueberpreis von 50 bis 75 Prozent verkaufte, falls diese auf die freie Auswahl der Filme nicht verzichteten, bzw. nicht bereit waren, die Filme in Serien zu übernehmen. Die übrigen sechs amerikanischen Großkonzerne besitzen je 300 bis 500 Kinotheater, Metro-Goldwyn 300, Fox 400, First National, die sich kürzlich mit der Stanley-Gesellschaft vermachte, etwa 700. Nur ein einziger Großkonzern, die Keith-Albee-Gesellschaft, die 500 Theater besitzt, behrängt sich auf den Theaterbesitz ohne an der Produktion teilzunehmen.

Eine ähnliche Entwicklung der vertikalen Konzentration zwischen Filmproduktion und Theaterbesitz bahnt sich auch in Europa an. Die jungen Produktionen in den Ländern, in welchen sie geleglich geschickt werden, können sich auf den Inlandsverbrauch allein nicht stützen, sie müssen ihre Filme auch ausführen, und zwar in scharfem Konkurrenzkampf mit der billigen amerikanischen Ausfuhr. Die Ausfuhr ist aber für die europäische Filmindustrie nur insoweit auf der Grundlage eines breiten Inlandsabzuges. Der Theaterbesitz soll nur den erwünschten Inlandsabzug für die Filmproduzenten sichern.

In Deutschland befand der Filmtruff Na im Frühjahr 134 Theater, die Gemeta-Rhoebus-Gruppe 50. In England The Provincial Cinematograph 100 und der Gaumont-Konzern eine noch größere Anzahl von Theatern. Diese Entwicklung wird nur als Anfang für eine weitere Vertiefung von Filmproduzenten und Filmtheatern angesehen. Die Verteilung von Filmen, früher eine selbständige Funktion, die sich zwischen Filmproduktion und Filmverbrauch eingeschoben hat, wird allmählich von demselben Schicksal betroffen. In dem großen Auffaugungsprozeß werden auch die Filmverleiher als selbständige Unternehmungen verschwinden. Mit der Zeit wird die ganze Filmindustrie der Welt durch Großkonzerns beherrscht, die vom Kofffilm bis zum Theaterbesitz den ganzen Filmkreislauf in der Hand halten. Daß bei dem hohen Grad der internationalen Vertiefung der Kapitalien die nationalen Großkonzerns miteinander in internationale Verbindungen treten, kann ebenfalls nicht übersehen werden. Jetzt bereits ist amerikanisches Kapital in der englischen und französischen Filmindustrie in großem Umfang beteiligt. Auch zwischen dem deutschen und französischen Filmkapital sind Verbindungen entstanden, die weiter ausgebaut werden dürften.

### Der Zug der Filmstars nach Europa.

In der letzten Zeit liest man von der Absicht der nach dem „gelegneten Holzwoed“ ausgewanderten Filmstars, ihr Arbeitsfeld nach Europa zurückzuverlegen. Sie entdecken plötzlich das Unkünstlerische und bloß Geschäftsmäßige im amerikanischen Filmwesen und hoffen in Europa ihre Kunst besser entfalten zu können. Die Erklärung für diese plötzliche Kunstbegeisterung der Filmstars darf man wohl nicht ohne Grund suchen, daß die großen amerikanischen Filmkonzerns in Zukunft die enormen Stargagen nicht länger zahlen wollen. Diese Gagen haben bisher einen zu großen Teil ihrer Millionengewinne verschlungen. Vor kurzem haben daher die Leiter der Großkonzerns eine Vereinbarung zur Einschränkung der hohen Filmgagen getroffen. Sie weigern sich, die alten Verträge zu erneuern. So werden demnächst Deutschland, England und Frankreich das Glück haben, die berühmtesten Filmschauspieler zu den heimatischen Gefilden zurückkehren zu sehen.

## Deintliche Widersprüche.

### Um die Sozialbelastung der Landwirtschaft.

Den landwirtschaftlichen Unternehmern haben wir wiederholt nachweisen können, daß ihre Angaben über die soziale Belastung der Landwirtschaft sehr übertrieben sind. Heute können wir ihnen zeigen, daß sie sich bei ihren Angaben über die soziale Belastung selbst widersprechen.

Auf der Rottung des Deutschen Landwirtschaftsrats, die im Frühjahr dieses Jahres in Berlin stattfand, erklärte der Rittergutsbesitzer Vogelsang, Ebersbach, nach der „Deutschen Tageszeitung“ Nr. 92 folgendes: Die Belastung landwirtschaftlicher Betriebe durch Sozialversicherung betrug nach den Berechnungen der Buchstelle der Landwirtschaftskammer in Dresden im Jahre 1913 8,70 M. je Hektar, im Jahre 1925 19,12 M. je Hektar, im Jahre 1927 26,39 M. je Hektar.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt nun in Nr. 353 einen Bericht über die Landwirtschaft in der Provinz Pommern im Wirtschaftsjahr 1927/28. Darin wird über die soziale Belastung gesagt: Die Soziallasten betragen in Pommern je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche im Jahre 1913/14 4,35 M. Sie sind im Jahre 1924/25 auf 9,61 M., im Jahre 1926/27 auf 12,20 M. und im Jahre 1927/28 auf 13,30 M. gestiegen. Das bedeutet eine Mehrausgabe

der Landwirtschaft für Soziallasten gegenüber der Vorkriegszeit von 8,95 M. je Hektar.

Die Differenz zwischen den beiden Angaben ist auffallend. Wir stellen fest: Soziale Belastung je Hektar in der Vorkriegszeit: nach der Landwirtschaftskammer in Dresden 8,70 M., nach der „Deutschen Tageszeitung“ 4,35 M., Differenz 4,35 M., Soziale Belastung je Hektar im Jahre 1925: nach der Landwirtschaftskammer in Dresden 19,12 M., nach der „Deutschen Tageszeitung“ 9,61 M., Differenz 9,51 M., Soziale Belastung je Hektar im Jahre 1927: nach der Landwirtschaftskammer in Dresden 26,39 M., nach der „Deutschen Tageszeitung“ 13,30 M., Differenz 13,09 M.

Die landwirtschaftlichen Unternehmer werden mit der Ausrede kommen, daß es gar nicht anders sein kann. Sie werden erklären, daß die Einnahmen pro Hektar im Preiskampf Sachfen erheblich von denen in Pommern abweichen und daß sich diese Abweichungen auch bei der sozialen Belastung bemerkbar machen, die pro Hektar in beiden Bezirken in Frage kommt. Das kann nur gelten, wenn die landwirtschaftlichen Unternehmer bei der Verwendung der Angaben der Landwirtschaftskammer in Dresden immer ausdrücklich erklärt hätten, die Angaben gelten nur für Sachfen. Das Gegenteil ist aber der Fall. Wir können ihnen nachweisen, daß sie die Angaben der Landwirtschaftskammer in Dresden sehr oft verallgemeinert und so hingestellt haben, als wenn sie für die gesamte deutsche Landwirtschaft Bedeutung haben. Unter diesen Umständen schießt die erwähnte Ausrede vorab.

Die landwirtschaftlichen Unternehmer müssen auch in der Frage der sozialen Belastung der Landwirtschaft mit anderem Material aufwarten, wenn ihnen ihre Behauptungen geglaubt werden sollen.

## Der deutsche Metallverbrauch steigt.

### Englische Preisreibereien an den Zinnmärkten.

Das Zinngeschäft war in den letzten Monaten nicht so günstig, wie es sich die englischen Zinnmagnaten wünschten. Der amerikanische Verbrauch, der in den vergangenen Jahren im Durchschnitt monatlich über 7000 Tonnen betrug, ging seit Ende des vergangenen Jahres ständig zurück. Im Januar wurden in den Vereinigten Staaten nach englischen Berechnungen nur 5500 und im Juli 5700 Tonnen verbraucht. Diesem Rückgang stand auf der anderen Seite aber eine große Zunahme der Zinnerzeugung in allen Industriegebieten gegenüber, so daß das Angebot die Nachfrage zurzeit bei weitem übersteigt. Natürlich hat diese Entwicklung die Preise gedrückt und den englischen Zinnhüttenunternehmern die Gewinne arg beschnitten.

Noch zu Anfang des Jahres 1927 kostete Zinn ungefähr 600 M. je 100 Kilo. Die Selbstkosten schätzte man auf 400—420 M., so daß auf dieser Preisbasis ein runder Verdienst von 50 Proz. heraussprang. Inzwischen sind die Preise vorübergehend bis auf 410 zu 420 M. zurückgegangen und die Selbstkosten wurden auf 350 zu 360 M. gesenkt. Ein so geringer „Verdienst“ genügt weder den Besitzern der englischen Zinngruben noch der englischen Börse, die sich gern am Zinnaktienmarkt betätigt. Um die Zinnpreise herauszuschrauben, versuchen nun die Engländer seit einigen Monaten fast ohne Unterbrechung, Spekulationen vorzunehmen, die aber durch den Rückgang des Verbrauchs und durch die fortgesetzte Steigerung der Erzförderung und der Zinnhüttenenerzeugung bisher zu keinem Erfolge führten. Man kann aus der folgenden Tabelle ersehen, daß die Zinnpreise vorübergehend fester wurden, während Kupfer und besonders Zink im Preise zurückgingen. Auch Blei hat sich etwas befestigt:

100 Kilo kosteten am	6. Juli	26. Juli	6. August 1928
Zinn	415,—	430,—	440,— M.
Blei	41,25	42,50	42,—
Zink	51,—	50,—	50,—
Elektrolytkupfer	139,75	139,75	139,75

Im allgemeinen war das Metallgeschäft auch in den letzten Wochen gut. In den Vereinigten Staaten und in Europa nahmen die verarbeitenden Industrien viel mehr Material auf als in den Vormonaten. Auch der deutsche Verbrauch zeigt eine ansteigende Kurve. Er ist in der ersten Hälfte des laufenden Jahres bei allen Metallen viel größer gewesen als im entsprechender Zeit des Vorjahres. Die Kupfereinfuhr Deutschlands betrug im ersten Halbjahr 1927 rund 108 500 Tonnen gegen fast 121 000 Tonnen in der gleichen Zeit dieses Jahres, bei Blei ungefähr 68 000 bzw. 77 800 Tonnen, bei Aluminium 4674 zu 7430, bei Zink 68 000 zu 72 000, bei Zinn 7400 zu 7000 Tonnen.

Neue Verschmelzung in der Kali-Chemieindustrie. Auf dem Gebiet der Milchdüngeherzeugung ist es zu einer neuen Kombination gekommen. Die Kalkwerke Neu-Stokfurt-Friedrichshaus A.-G. hat sich mit der Rheinania-Runheim Chemische Fabriken A.-G. zusammengetan, um ebenfalls Milchdünger zu produzieren. Es handelt sich um die Erzeugung eines Mittels, das besonders in tropischen Ländern verwertet werden soll. — Bei der Rheinania-Runheim A.-G. lag übrigens der Knäuel beim Hunde, denn die Gesellschaft hatte auch im letzten Jahre trotz der Hochkonjunktur mit Verlust gearbeitet, obwohl sie Mitte 1927 durch Zusammenlegung ihres Kapitals von 20 auf 10 Millionen Mark und Auflösung des Reservefonds mit einem Buchgewinn von 12 Millionen Mark ihre Bilanz gereinigt hatte. Die Ueberbewertung der Anlagen war aber offensichtlich so groß, daß auch diese Eisenbart-Kur ohne Erfolg blieb.

Die Organisation bei Opel und Elite-Diamant. Entgegen anderslautenden Meldungen teilt die Verwaltung der Opel-Werke mit, daß die Opel-Werke die Fabrikation von Motorrädern in Rüsselsheim nicht aufnehmen werden, sondern ihre eigene Konstruktion wie bisher in Brand-Erbisdorf, dem Zweigwerk der Elite-Diamantwerke, herstellen lassen. Die Fabrikationszweige der beiden Unternehmungen werden sich also in Zukunft wie folgt verteilen: Opel-Werke: Automobil, Lastwagen- und Fahrradherzeugung und -verkauf sowie Motorradverkauf; Elite-Diamant-Werke: Automobil, Lastwagen, Motorrad, Fahrrad- und Strickmaschinenherzeugung und -verkauf. In eine Zusammenlegung oder Stilllegung eines dieser Zweige sei nicht im geringsten zu denken, weil für die beiderseitigen Fabrikate vollkommen getrennte Abnehmerkreise in Frage kämen.

Kommt ein Schokoladenkartell? In der bisher noch nicht kartellierten Schokoladenindustrie herrscht bei der starken Ueberlegung ein rücksichtsloser Kampf um den Absatzmarkt. Den wenigen großen Werken wie Sarotti, Felsch, Hildebrand, Suchard u. a., die sich in einer Marktenkonvention zu einem Preiskartell zusammengeschlossen hatten, stand die Masse der mittleren und kleinen Betriebe gegenüber; die nur lose in einer Interessengemeinschaft ohne jede Bindungen zusammengelagert waren. Der scharfe Konkurrenzkampf hat seit der Inflation zu etwa 200 Zusammenbrüchen geführt und die Anzahl der Firmen von 350 auf 230 verringert. Da diese mittleren und kleinen Unternehmen auch heute größtenteils unrentabel sind und gegen die billigen Massenprodukte der bekannten großen Werke nicht ankämpfen können, haben die einzelnen Verbände beschloßen, in Weimar Verhandlungen über eine Kartellbildung einzuleiten. Da fast ein Drittel der gesamten Unternehmungen ihre Teilnahme zugesagt hat, ist mit dem Zustandekommen eines Preisartells zu rechnen.